

fonction publique

numéro 290
juillet 2026

58^e année
paraît 4 fois par an



Wie Stimmungsmache den öffentlichen Dienst trifft

Die Aggressionen gegenüber öffentlich Bediensteten nehmen besorgniserregend zu. Obwohl Umfragen zeigen, dass die Bevölkerung den öffentlichen Dienst grundsätzlich wertschätzt, erfahren viele Mitarbeiter eine gänzlich andere Realität: Verbalattacken, Drohungen und sogar körperliche Übergriffe gehören für viele immer öfters zum Berufsalltag. Was früher die Ausnahme war, ist heute Alltag geworden: Polizei, Lehrkräfte, Rettungsdienste und Verwaltungsmitarbeiter berichten von einem Klima, das sich spürbar verhärtet hat.

Europäische Studien belegen, dass Übergriffe auf staatliche Mitarbeiter zunehmen. Luxemburg bildet dabei keine Ausnahme. Eine Erhebung der „Inspection générale de la police“ zeigt, dass 90 % der befragten Polizisten bereits beleidigt wurden, während mehr als die Hälfte Gewalt oder Widerstand erlebt hat. Gleichzeitig steigt der Druck im Bildungs-

bereich, wo Konflikte immer häufiger eskalieren. Extreme Verhaltensauffälligkeiten bringen die Schulen an ihre Belastungsgrenzen. Parallel dazu befeuern Stammtischparolen, hetzerische Kommentare in sozialen Netzwerken sowie politische Stimmungsmache den Mythos vom „überbezahlten Beamten“. Arbeitgebervertreter diskreditieren den öffentlichen Dienst als bloßen Kostenfaktor – ein Narrativ, das die Realität verzerrt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt untergräbt.

Wer den Staatsdienst pauschal schlechtredet, beschädigt das Vertrauen in den Staat, seine Institutionen und letztlich auch in die Demokratie. Ein handlungsfähiger öffentlicher Dienst braucht Menschen, die Verantwortung übernehmen und dafür den nötigen Respekt, Schutz und die verdiente Anerkennung erhalten. Ohne sie kann der Staat seine Aufgaben nicht erfüllen.

Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 6 und 7

KI-AUFBRUCH MIT OFFENEN FRAGEN



Luxemburg verfolgt gemeinsam mit Mistral AI eine ambitionierte KI-Offensive. Künstliche Intelligenz soll den öffentlichen Dienst schneller, effizienter und bürgernäher gestalten. Ob dieses Versprechen tatsächlich eingelöst werden kann, bleibt jedoch offen. Zwischen politischen Visionen, Fachkräftemangel im IT-Bereich, teils verunsicherten Beschäftigten sowie offenen Fragen rund um den Datenschutz steht der Staat vor einer der größten Umwälzungen der vergangenen Jahrzehnte. Digitalisierung bedeutet mehr als die Einführung neuer Software. Die CGFP warnt vor einer Modernisierung, die am Menschen vorbeigeht. Erforderlich sind klare Regelungen und eine echte Mitbestimmung – kein KI-Diktat.

Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 8 und 9

REFORM MIT BEWÄHRUNGSPROBE



Im öffentlichen Dienst wird Mitte September ein einheitliches Einstellungsverfahren eingeführt. Die Kandidaten bewerben sich zunächst auf eine ausgeschriebene Stelle und absolvieren anschließend den allgemeinen Eignungstest, der künftig ganzjährig nach Terminvereinbarung abgelegt werden kann. Darüber hinaus wird auch die Überprüfung der Sprachkenntnisse angepasst. Die CGFP begrüßt diese Neuerungen grundsätzlich, äußert jedoch Kritik an der verkürzten Gültigkeitsdauer der bestandenen „épreuve d’aptitude générale“. Die Möglichkeit, Sprachtests online abzulegen, wirft zudem Fragen auf. Die CGFP fordert daher wirksame Kontrollmechanismen sowie eine stärkere Einbindung des Examen-Beobachters.

Mehr zu diesem Thema auf Seite 5

PERIODIQUE

POST
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/141



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47 -1 • e-mail: info@luxvoyages.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

EDITORIAL



Sozialdialog nicht nur auf Zeit

Spätestens, seitdem die Ergebnisse der Tripartite-Verhandlungen vorliegen, steht fest: Die CGFP lag mit ihrer Forderung nach einer Dreierunde absolut richtig. Und zwar genau zu dem Zeitpunkt, an dem sie stattgefunden hat – und nicht erst im kommenden Herbst, wie dies aus bestimmten interessierten Kreisen immer wieder gefordert wurde.

Als verantwortungsbewusster Sozialpartner hatte die CGFP von Anfang an auf eine überschaubare Tagesordnung gesetzt und davor gewarnt, den Erfolg der Gespräche allein schon durch eine zu umfangreiche Agenda aufs Spiel zu setzen. Das Mandat, das die CGFP-Verhandlungsdelegation von ihrer Basis bekommen hatte, war von Anfang an klar: die Kaufkraft der Haushalte stärken und gleichzeitig die Preisteuerung bremsen.

Die Erarbeitung von Beschlüssen zur Bekämpfung der hohen Energiepreise stand dabei an oberster Stelle. Werden die Kosten für Benzin, Diesel, Heizöl, Strom und Gas nun spürbar gesenkt, entspricht dies unumschränkt einer CGFP-Forderung nach einer Stärkung der Kaufkraft in unsicheren Zeiten.

Dass hier nach dem Gießkannenprinzip gehandelt worden wäre, kann die CGFP so jedenfalls nicht nachvollziehen. Kritiker verkennen, dass es bei dieser Maßnahme gleichsam darum geht, die Inflation zu bremsen – was sowohl den Unternehmen als aber auch den Verbrauchern zugute kommt. Gerade in herausfordernden Zeiten braucht die Wirtschaft nun mal Planungssicherheit. Es wäre sicherlich niemandem geholfen, wenn durch das Inkrafttreten mehrerer Indextranchen innerhalb eines kurzen Zeitraums auf einmal Arbeitsplätze verloren gingen – gerade jetzt, wo die Arbeitslosenzahlen für luxemburgische Verhältnisse bereits ein Rekordniveau erreicht haben. Und für den Verbraucher ist es gerade in diesen Zeiten von absoluter Bedeutung, sich auf eine gewisse Preisstabilität verlassen zu können.

Hinzu kommt, dass die Entlastungen bei den Energiepreisen gerade bei Klein- und Mittelverdienern prozentual gesehen einen größeren Effekt erzielen als bei Beziehern von höheren Gehältern, sodass mit den getroffenen Maßnahmen auch eine soziale Komponente einhergeht – auch wenn bestimmte Kreise dies nicht wahrhaben wollen. Dass Strom im Vergleich zu fossilen Energieträgern am günstigsten bleibt, verdeutlicht zudem, dass die getroffenen Entscheidungen auch von ökologischen Überlegungen geprägt sind.

Die Angleichung der Steuertabelle an die Preisentwicklung ist eine langjährige Forderung der CGFP. Dass die derzeitige Regierung die Steuertabelle seit Amtsantritt um etliche Tranchen angepasst hat, kann auf CGFP-Seite nur

begrüßt werden, handelt es sich dabei doch, zumindest teilweise, um die Umsetzung von Beschlüssen aus vorherigen Tripartite-Entscheidungen. Dass die bis Januar 2028 anfallenden Tranchen vollständig in die Finanzierung der „großen Steuerreform“ fließen sollten, hatte die CGFP von Anfang an kritisch zurückgewiesen.

Haushalten und Unternehmen muss unverzüglich unter die Arme gegriffen werden und nicht erst im Jahre 2028 durch die Umsetzung der Steuerreform, lautete denn auch eine unmissverständliche Kernbotschaft, mit der die CGFP die Dreiergespräche anging. Auch wenn die CGFP aus der oben geschilderten Überlegung heraus für eine übersichtliche Tagesordnung eintrat, hatte sie von Anfang an klargemacht, dass sie sich keinen Forderungen anderer Berufsverbände widersetze.

Ganz in diesem Sinne begrüßt die CGFP ausdrücklich die stufenweise Anhebung des sozialen Mindestlohns. Mindestlohnempfänger haben es in schwierigen Zeiten sicherlich am schwersten. Die CGFP hat immer wieder deutlich gemacht, dass jeder Beschäftigte ein Gehalt beziehen müsste, das ihm ein menschenwürdiges Leben ermögliche – und das ungeachtet von allen Sozialmaßnahmen.

Dass neben den steigenden Arbeitslosenzahlen die Wohnungsnot und die hohen Immobilienpreise die Bürgerinnen und Bürger seit geraumer Zeit vor große, zum Teil unüberwindbare Herausforderungen stellen, steht außer Frage. Aus diesem Grund hatte die CGFP gleich zwei Maßnahmen zur Eindämmung der Wohnungskrise in ihren Forderungskatalog einfließen lassen, die sich im Schlusspapier wiederfinden. Zum einen sollte der zulässige Höchstbetrag zur Anwendung des superreduzierten Mehrwertsteuersatzes von drei Prozent bei der Anschaffung oder der Modernisierung des Hauptwohnsitzes von 50.000 Euro auf 100.000 Euro verdoppelt werden – was letztlich einer Angleichung an die Teuerungsrate gleichgekommen wäre. Und zusätzlich dazu wird die Altersgrenze von 40 Jahren bei der Abschreibung der doppelten Abzüge bei Bausparverträgen abgeschafft – auch das waren zwei CGFP-Kernforderungen im Vorfeld der Tripartite.

Dass es während der Tripartite-Gespräche zu keiner ausufernden Index-Diskussion gekommen ist und keine entsprechende Maßnahme im Schlusspapier enthalten ist, darf durchaus als Verdienst der CGFP gewertet werden. Von Anfang an haben sich die CGFP-Delegierten mit aller Entschlossenheit gegen gleichartige Diskussionen ausgesprochen, trägt der Index doch zur Sicherung der Kaufkraft bei und gilt somit unbestreitbar als Garant des sozialen Friedens.

Wenn Ehrenstaatsminister Jean-Claude Juncker in einer RTL-Sendung den „gedeckelten Index“ wieder ins Spiel bringt, überrascht das langjährige Weggefährte nicht. Auch in seiner aktiven politischen Amtszeit hat Juncker die allgemeine Gehälteraufwertung aufgrund des Indexmechanismus immer kritisch gesehen. Ähnliche Töne schlägt nun auch der CSV-Abgeordnete Laurent Mosar an. Damit widersprechen beide nicht nur dem derzeitigen, aus ihrem eigenen politischen Lager stammenden Premierminister („Der Index ist in Stein gemeißelt“). Politiker ihres Formats müssten doch wissen, dass mit der Einführung einer Obergrenze das gesamte Gehältergefüge im öffentlichen Dienst durcheinander gewirbelt würde. Sozialpolitik wird über Steuern gestaltet, nicht über den Index!

Dass sich innerhalb kurzer Zeit auf ein Kompromisspapier geeinigt werden konnte, mag erstaunen, zeigt jedoch über die im Konsens erarbeiteten Entscheidungen hinaus, dass der Sozialdialog (wieder) an Bedeutung gewonnen hat. Auch Großherzog Guillaume richtete am Nationalfeiertag in seiner bemerkenswerten Ansprache in der Philharmonie anerkennende Worte an die Adresse der Sozialpartner. Selbst wenn es bei dem einen oder anderen Punkt mitunter zu teils intensiven Diskussionen kam, (was in der Natur der Sache liegt), überwog am Ende die Einhelligkeit, ja das Einvernehmen, dass es mit Blick auf die derzeitige Lage zu diesem aufeinander abgestimmten „Resilienzpaket“ kommen musste. Ein Beispiel dafür ist die Wiederbelebung des ständigen Beschäftigungsausschusses („Comité permanent du Travail et de l'Emploi“), in dem sich Regierung und Sozialpartner künftig erneut im Tripartite-Format an einen Tisch setzen werden, um Lösungen zur Bewältigung der gegenwärtigen Herausforderungen zu erarbeiten. Erste Termine wurden gleich nach den Tripartite-Verhandlungen vereinbart. Zusätzlich wurden mehrere Überwachungsausschüsse („Comités de suivi“) ins Leben gerufen, die die Umsetzung der getroffenen Beschlüsse begleiten, die weitere Entwicklung analysieren und gegebenenfalls Vorschläge für zusätzliche Maßnahmen unterbreiten werden.

Zu hoffen bleibt allerdings, dass der Wille zu einem konstruktiven Sozialdialog in allen nationalen Gremien dauerhaft besteht und die Bereitschaft dazu nicht schon an der ersten Hürde wieder schwindet. Eine Bereitwilligkeit „nur auf Zeit“ wäre fatal und würde das Luxemburger Modell erneut ins Wanken bringen. Und genau das darf keinesfalls passieren.

Die CGFP ist sich dieser Verantwortung bewusst. An ihr soll es jedenfalls nicht scheitern!

Steve Heiliger,
CGFP-Generalsekretär



CGFP-Forderung findet Einklang in Wohnungsmaßnahmenpaket der Regierung

Die CGFP hatte in einer Pressemitteilung vom 13. Juli eine substanzielle Erhöhung des „Bëllegen Akt“ gefordert. Mit Genugtuung nimmt die CGFP zur Kenntnis, dass diese Forderung inzwischen Bestandteil des Wohnungsmaßnahmenpakets ist, das unmittelbar vor Redaktionsschluss von der Regierung vorgestellt wurde. Dieses verfolgt das Ziel, sowohl den Erwerb von Wohneigentum zu erleichtern als auch den Bau und die Vermietung neuer Wohnungen anzukurbeln.

Eine der Maßnahmen sieht vor, den „Bëllegen Akt“ von 40.000 auf 45.000 Euro pro Person für das Eigenheim zu erhöhen. Die Anhebung gilt rückwirkend zum 16. Juli dieses Jahres. Diese Steuergutschrift reduziert die Einregistrierungs- und Umschreibungsgebühren beim Kauf des Hauptwohnsitzes und kommt somit unmittelbar den Erwerbern von Wohneigentum für eigene Zwecke zugute. Nach Berechnungen der Regierung kann durch die Anhebung des „Bëllegen Akt“ künftig eine Einzelperson

beim Erwerb einer selbst genutzten Immobilie im Wert von rund 640.000 Euro vollständig von den Registrierungsgebühren befreit werden. Bei einem Paar verdoppelt sich dieser Betrag auf 1.280.000 Euro.

Zur Erinnerung: Bereits Anfang Juli zeichnete sich ab, dass eine zentrale Tripartite-Maßnahme, die auf Druck der CGFP vereinbart wurde, an europäischen Hürden scheitern würde. Es stellte sich zunehmend heraus, dass die Europäi-

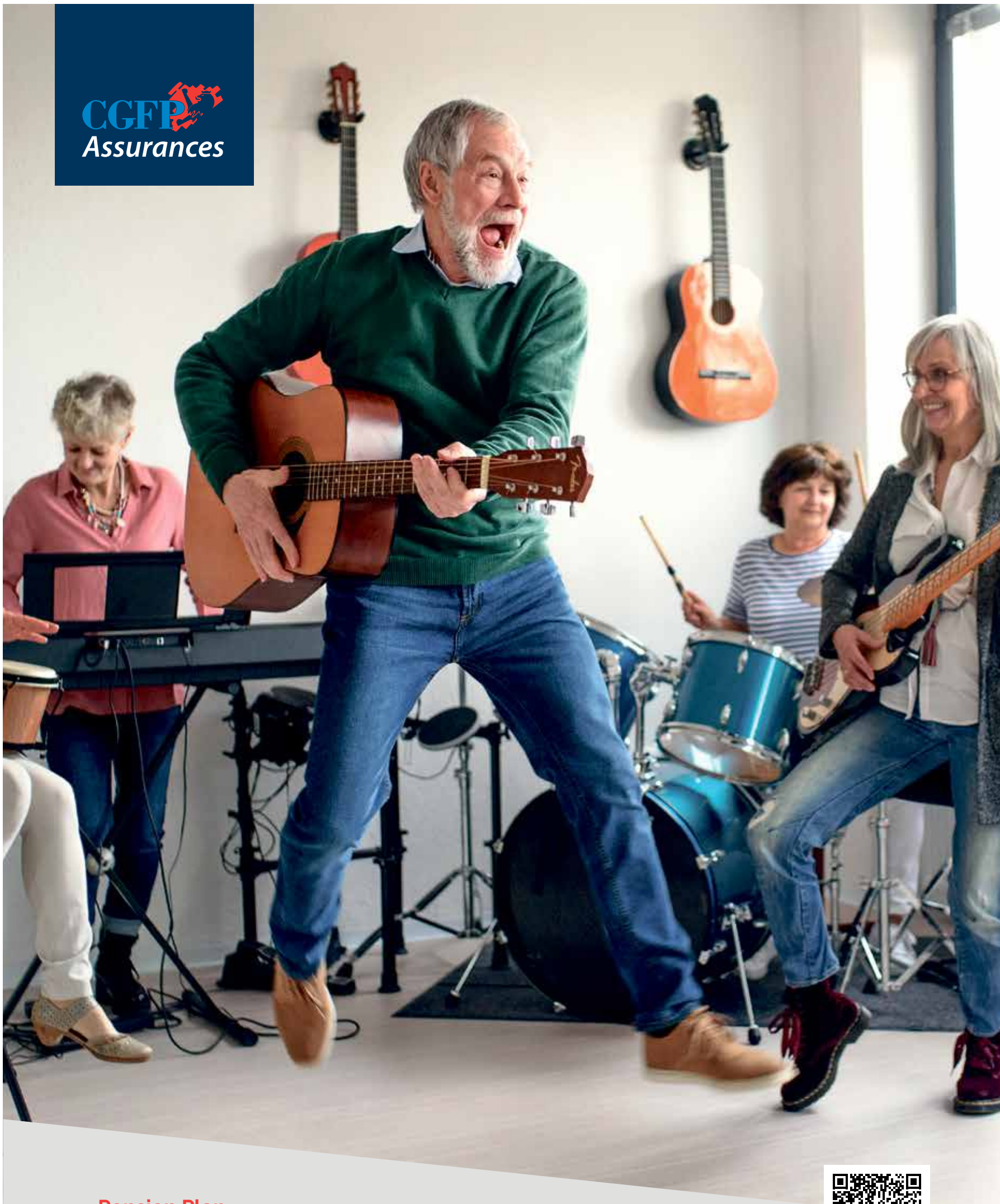
sche Kommission ihre Zustimmung für die Verdoppelung des Höchstbetrags zur Anwendung des superreduzierten Mehrwertsteuersatzes von 3 % beim Bau oder der Renovierung des Hauptwohnsitzes verweigern würde.

Angesichts dieser Befürchtung wies die CGFP den Finanzminister bereits am 3. Juli in einer gemeinsamen Unterredung darauf hin, dass die Regierung im Falle des Scheiterns dieser ursprünglich vorgesehenen Maßnahme eine wirksame und gleichwertige Ersatzlösung vorlegen müsse, um die zugesagte Entlastung im Wohnungsbereich zugunsten der Bürgerinnen und Bürger dennoch zu gewährleisten.

Nach Ansicht der CGFP eignet sich eine Anhebung des „Bëllegen Akt“ als naheliegende Ausgleichsmaßnahme, da sie dieselbe Zielsetzung verfolgt wie die initial geplante Maßnahme: den Zugang zu Wohneigentum finanziell zu erleichtern und insbesondere junge Menschen sowie Familien auf einem weiterhin äußerst angespannten Wohnungsmarkt zu entlasten. Darüber hinaus erwägt die CGFP weitere Lösungsansätze zu erarbeiten, die zu einer erheblichen Entschärfung der aktuellen Wohnungskrise beitragen können.



CGFP
Assurances



Pension Plan Votre retraite mérite une stratégie d'investissement solide

Pension Plan, le contrat prévoyance vieillesse selon l'article 111bis L.I.R.* intègre des ETFs dans une enveloppe prévoyance flexible, adaptée à votre profil de risque et à votre horizon de placement.

Une assurance  **baloise**

*Loi modifiée du 4 décembre 1967 concernant l'impôt sur le revenu (L.I.R.). Le contrat Pension Plan permet de déduire les primes versées de sa déclaration d'impôts jusqu'à un plafond de 4.500€. Attention la fiscalité applicable à l'échéance dépendra de votre lieu de résidence au moment du versement de votre épargne, ainsi que de vos revenus et de votre tranche d'imposition.



CGFP Assurances S.A.
18, rue Érasme, L-1468 Luxembourg
Tél. 27 04 28 01, info@cgfp-assurances.lu

cgfp-assurances.lu



Neuerungen beim Einstellungsverfahren im öffentlichen Dienst

Modernisierung mit Fragezeichen

Ab dem 15. September gilt im öffentlichen Dienst ein einheitliches digitalisiertes Einstellungsverfahren. Der Zugang zu einer Stelle erfolgt künftig für Beamte und Angestellte nach denselben Vorgaben. Zudem werden die Sprachtests modernisiert. Mit der Verabschiedung der Gesetzentwürfe 8569 an 8582 hat die Abgeordnetenversammlung am 8. Juli den Weg hierfür geebnet.

Die beschlossenen Änderungen stellen keinen Bruch mit dem bisherigen System dar. Vielmehr knüpfen sie an die Reform von 2018 an, mit der das klassische Staatsexamen grundlegend neu ausgerichtet wurde.

Seitdem gliedert sich das „examen-concours“ in zwei Bestandteile: die „épreuve d'aptitude générale“, bei der die traditionelle Wissensprüfung durch digitalisierte und standardisierte psychometrische Tests ersetzt wurde, sowie die „épreuve spéciale“. In diesem zweiten Teil des Auswahlverfahrens prüfen die rekrutierenden Verwaltungen gezielt die fachlichen und – je nach Stelle – auch die spezifischen Anforderungen.

Wer sich künftig für eine Stelle interessiert, muss sich zunächst auf eine konkrete Ausschreibung bewerben, bevor die „épreuve d'aptitude générale“ (EAG) absolviert werden kann. Während die Prüfung bislang nur für angehende Beamte relevant war, wird sie nun auch für Staatsangestellte verbindlich.

Bisher wurden die Tests lediglich zweibis dreimal jährlich durchgeführt. Künftig werden sie fortlaufend entsprechend den ausgeschriebenen Stellen angeboten. Die Bewerberinnen und Bewerber müssen somit nicht mehr monatelang auf den nächsten Examenstermin warten, sondern können den Prüfungstermin flexibel auswählen.

CGFP pocht auf faire Verfahren

Für die CGFP ist dabei entscheidend, dass das Auswahlverfahren ausschließlich auf den Kompetenzen der jeweiligen Bewerber beruht. Es muss jederzeit nachvollziehbar, objektiv und unter gleichen Bedingungen durchgeführt werden.

Seit der vor acht Jahren initiierten Reform des Staatsexamens erfolgt die Bewertung nicht mehr durch eine klassische Prüfungskommission.

An ihre Stelle tritt nun eine Überwachungskommission, die mindestens zweimal jährlich tagt. Ihre Aufgaben reichen von der Analyse der Erfolgsquote der „épreuve d'aptitude générale“ (EPA) über die Überprüfung der Gültigkeit und Zuverlässigkeit der Tests bis hin zur Bearbeitung von Beschwerden im Zusammen-

hang mit dem allgemeinen Eignungstest. Darüber hinaus spricht das dreiköpfige Gremium gegenüber dem Minister des öffentlichen Dienstes Empfehlungen aus und erstellt einen Jahresbericht über die Organisation der EPA.

Mehr Handlungsspielraum für Beobachter

Die CGFP schließt sich der Forderung der „Chambre des fonctionnaires et employés publics“ (CHFEP) an und plädiert für eine deutliche Stärkung der Rolle des Beobachters beim Examen. Dies soll durch zusätzliche Stellvertreter, umfassende Informationsrechte sowie die Möglichkeit geschehen, an sämtlichen Prüfungen teilzunehmen. Der „Observateur“ soll nicht nur Beschwerden entgegennehmen, sondern mit den Kandidaten in Kontakt treten können. Als unabhängige Instanz wacht er über den ordnungsmäßigen Ablauf der Prüfungen und trägt dazu bei, dass das Verfahren unparteiisch durchgeführt wird.

Kritisch sieht die CGFP weiterhin die verkürzte Gültigkeitsdauer der erfolgreich bestandenen „épreuve d'aptitude générale“. Während der allgemeine Eignungstest bislang fünf Jahre gültig war, wird diese Frist künftig auf ein Jahr reduziert.

Die CGFP vertritt die Ansicht, dass eine ausgewogenere Lösung sowohl den Interessen der Verwaltungen als auch denen der Kandidaten gerechter geworden wäre. Diese Einschätzung teilt auch die Berufskammer der Staatsbediensteten. So heißt es im Gutachten der CHFEP: „La Chambre comprend (...) que la durée actuelle de cinq ans peut sembler exagérée. Toutefois, dans l'intérêt des candidats, elle estime que la réussite à l'épreuve devrait du moins rester valable pour deux années“.

Für Bewerber, die die „épreuve d'aptitude générale“ bereits bestanden haben, bislang jedoch nicht zum Praktikum zugelassen wurden, sieht das Gesetz eine Übergangsregelung vor. Sie verbleiben bis zum Ablauf der nach den bisherigen Bestimmungen geltenden Fünfjahresfrist auf der Reserveliste.

Der zweite verabschiedete Gesetzentwurf 8582 betrifft die Modernisierung der Sprachtests. Mit der Einführung des schriftlichen Leseverständnisses wird eine zusätzliche Prüfungskomponente geschaffen. Zudem wird die Zuständigkeit für die Durchführung der Prüfungen vom „Institut national d'administration publique“ (INAP) auf das „Centre de gestion du personnel et de l'organisation de l'État“ (CGPO) übertragen.

Künftig gelten für alle Laufbahnen einheitliche Mindestanforderungen, die

sich am Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen orientieren. Für die vom Kandidaten frei gewählte erste Sprache wird das Niveau B2, für die beiden weiteren Verwaltungssprachen jeweils das Niveau B1 verlangt.

Diese Harmonisierung der Sprachniveaus wurde jedoch von der Berufskammer der Staatsbediensteten kritisch bewertet. Nach ihrer Auffassung sollten die Sprachkenntnisse auf die berufliche Laufbahn der Staatsbediensteten abgestimmt sein. So seien beispielsweise an einen Juristen andere sprachliche Anforderungen zu stellen als an einen Mitarbeiter der Forstverwaltung, dessen Tätigkeit vor allem technisches Fachwissen erfordere.

Trotz aller Offenheit für Reformen hält die CGFP an einem unverzichtbaren Grundsatz fest: Die Beherrschung der drei Amtssprachen muss ein entscheidendes Qualitätsmerkmal des öffentlichen Dienstes in Luxemburg bleiben. Die Bürger dürfen erwarten, dass sie ihre Anliegen auf Luxemburgisch, Deutsch oder Französisch vorbringen und von der jeweiligen Verwaltung in derselben Sprache eine kompetente Antwort erhalten.

Gegen eine Absenkung der Sprachkompetenzen

Im jüngsten Gehälterabkommen für den öffentlichen Dienst wurde vereinbart, dass Staatsangestellte bereits nach zehn anstatt wie bisher nach 15 Dienstjahren durch das erfolgreiche Ablegen eines Examens verbeamtet werden können. Die Regierung beabsichtigte jedoch, diese Änderung zum Anlass zu nehmen, die sprachlichen Anforderungen für dieses Examen zu lockern. Die CGFP hat sich diesem Vorhaben entschieden widersetzt und durchgesetzt, dass die bisherigen Sprachstandards vollständig beibehalten werden.

Diese Haltung deckt sich mit den Ausführungen der CHFEP in ihrem Gutachten zur Reform der Sprachtests. Dort warnte die Berufskammer eindringlich vor einer Absenkung der Sprachanforderungen: „Les difficultés de recrutement ren-

contrées dans la fonction publique ne doivent pas être compensées par une édulcoration des conditions d'accès aux postes vacants, y compris, le cas échéant, au niveau de la connaissance de base des langues. Les agents publics doivent disposer de compétences solides pour que la fonction publique puisse offrir un service de qualité aux citoyens.“

Klärungsbedarf bei Online-Tests

Die Sprachtests werden künftig – mit Ausnahme des Personals im Bildungswesen – digital durchgeführt. Die Kandidaten können frei wählen, ob sie den Test in den Räumlichkeiten des CGPO oder online von zu Hause aus absolvieren. Die Ergebnisse sind anschließend über den persönlichen Zugang auf MyGuichet.lu wesentlich schneller als bisher verfügbar.

Die Möglichkeit, Sprachtests online abzulegen, wirft jedoch berechnete Fragen auf. Wie lässt sich die Identität der Kandidaten zuverlässig überprüfen? Wie kann verhindert werden, dass unerlaubte Hilfsmittel eingesetzt oder Dritte hinzugezogen werden? Und wie lässt sich unter diesen Bedingungen die Gleichbehandlung aller Bewerber gewährleisten? Die CGFP besteht darauf, dass die notwendigen Vorkehrungen getroffen werden, um Missstände zu vermeiden.

Gerade im Zusammenhang mit digital durchgeführten Prüfungen kommt dem „Observateur“ eine besondere Bedeutung zu. Die CHFEP hatte in ihrem Gutachten die vorgesehene Abschaffung des Beobachters im Bereich der Sprachprüfungen deutlich angeprangert.

Die CGFP folgt dieser Sichtweise. Da eine persönliche Anwesenheit des Beobachters im digitalen Testumfeld nicht in jedem Fall möglich sein wird, müssen seine Mitwirkungs- und Kontrollmöglichkeiten entsprechend angepasst werden. Dazu gehört u.a., bei Bedarf einen direkten elektronischen Austausch zwischen dem Beobachter, dem Prüfungsverantwortlichen und den Kandidaten sicherzustellen.

Ein zeitgemäßes Einstellungsverfahren, das die Flexibilität erhöht und die Möglichkeiten der Digitalisierung konsequent nutzt, ist ein wichtiger Baustein, um den öffentlichen Dienst als attraktiven Arbeitgeber weiter zu stärken. Die CGFP unterstützt diesen Weg grundsätzlich.

Moderne Auswahlverfahren allein genügen jedoch nicht. Entscheidend ist, dass sie hohen Qualitätsstandards gerecht werden. Nun kommt es darauf an, dass sich die Reform in der Praxis bewährt. Erst ihre Umsetzung wird zeigen, ob die angestrebten Ziele tatsächlich erreicht werden. Zeigen sich dabei Schwachstellen, müssen notwendige Korrekturen zeitnah und im Dialog mit der CGFP vorgenommen werden. Die CGFP wird den weiteren Reformprozess konstruktiv begleiten und sich auch künftig dafür einsetzen, dass Transparenz, Gleichbehandlung und hohe Qualitätsstandards die Leitlinien des Einstellungsverfahrens bleiben.

ml





Staatsbedienstete im Visier

Wenn der Respekt vor dem öffentlichen Dienst schwindet

Die öffentlich Bediensteten leisten Tag für Tag einen unverzichtbaren Beitrag zum Funktionieren unserer Gesellschaft. Trotz ihres unermüdlichen Engagements werden sie zunehmend mit Vorurteilen, Anfeindungen und sogar Gewalt konfrontiert. Diese Entwicklung ist alarmierend: Sie betrifft längst nicht mehr nur die Beschäftigten im Staatsdienst, sondern wirkt tief in unser gesellschaftliches Miteinander hinein.

Auch in Luxemburg verschärft sich der Ton gegenüber den öffentlich Bediensteten. Sie sehen sich immer häufiger Herabwürdigungen und verbalen Angriffen ausgesetzt. Nicht selten werden sie dabei pauschal als „träge“ oder „überbezahlt“ abgestempelt. In den vergangenen Jahren hat die Zahl verbaler Übergriffe spürbar zugenommen.

Besonders besorgniserregend ist jedoch, dass sich die Angriffe längst nicht mehr auf Worte beschränken. Das Bild ist widersprüchlich: Während Umfragen belegen, dass eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung in Luxemburg die Arbeit des öffentlichen Dienstes schätzt (siehe Seite 20 und 21), berichten Staatsbedienstete, die im direkten Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern stehen, von aggressivem Verhalten, Einschüchterungsversuchen und Drohungen im beruflichen Alltag.

Ob am Schalter, bei Außendienstleistungen oder in sozialen Netzwerken – die Hemmschwelle für respektloses Verhalten sinkt kontinuierlich. Diese bedrohliche Entwicklung belastet nicht nur die Betroffenen persönlich, sondern erschwert auch

die Arbeit jener Menschen, die täglich öffentliche Dienstleistungen für die Gesellschaft erbringen.

Der zunehmende Respektverlust gegenüber öffentlich Bediensteten spiegelt nicht nur gesellschaftliche Spannungen wider, sondern kann auch das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen schwächen. Die CGFP warnt davor, die Tragweite dieser Entwicklung zu unterschätzen, weil dadurch eine Atmosphäre entsteht, die weder dem öffentlichen Dienst noch den Menschen, die ihn tragen, gerecht wird.

Ein europäischer Trend der Eskalation

Die Folgen zeigen sich nicht nur in einem rauerem Umgangston. In einzelnen Fällen münden Konflikte in körperliche Übergriffe. An vorderster Front stehen die Einsatzkräfte. Der Respekt vor der Uniform hat deutlich nachgelassen. Luxemburg steht mit dieser Entwicklung nicht allein da.

Auch in zahlreichen anderen europäischen Ländern beobachten Behörden, Gewerkschaften und Forschungsein-

richtungen eine steigende Bereitschaft zu körperlichen Übergriffen gegenüber Staatsbediensteten. Europaweit nimmt insbesondere die Gewalt gegen Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste und medizinisches Notfallpersonal nachweislich zu.

Nach Angaben des Bundeskriminalamts wurden im Jahr 2024 bundesweit 46.367 Gewalttaten gegen Polizeivollzugsbeamte registriert. Damit wurde ein historischer Höchststand erreicht. In Frankreich meldete das Innenministerium für 2023/2024 rund 75.000 Angriffe auf Polizeikräfte, darunter körperliche Attacken, Pyrotechnik-Würfe und gezielte Angriffe bei Einsätzen. In Belgien verzeichnete die föderale Polizei im Jahr 2023 mehr als 14.000 Fälle von Gewalt gegen Polizeibeamte – der höchste Wert seit Beginn der Erfassung.

Auch hierzulande sehen sich Polizistinnen und Polizisten zunehmend mit Gewalt, Bedrohungen und Widerstandshandlungen konfrontiert. Eine Studie der „Inspection générale de la Police“ (IGP), die Innenminister Léon Gloden 2025 in Auftrag gegeben hatte, zeigt, dass solche Vorfälle längst kein Randphänomen mehr sind. Die Ergebnisse wurden im Frühling dem zuständigen Parlamentsausschuss vorgestellt.

An der Umfrage beteiligten sich rund 400 Polizeibeamte. Ungefähr 90 % der Befragten gaben an, dass sie im Laufe ihrer Laufbahn bereits mit Beleidigungen und Befehlsverweigerungen konfrontiert wurden. Mehr als die Hälfte berichtete von Gewalterfahrungen oder Rebellion, also Widerstand gegen die Staatsgewalt. Nach Angaben der Polizeikräfte hat sich die allgemeine Lage in den vergangenen fünf Jahren deutlich verschlechtert.

Ein toxischer Mix

Ein Großteil der Beschäftigten berichten von anhaltendem Stress, Angstzuständen oder depressiven Symptomen, die nicht selten mit Schlafstörungen und anderen körperlichen Beschwerden einhergehen. Erschwerend kommt hinzu, dass viele Gewalttaten aus unterschiedlichen Gründen nicht strafrechtlich verfolgt werden. Mehr als die Hälfte der gemeldeten Fälle wird nicht gerichtlich verfolgt. Die geringe Zahl an Strafverfolgungen verstärkt das Gefühl mangelnder Unterstützung. Viele Betroffenen fühlen sich im Stich gelassen.

Die Befunde sind alarmierend. Die CGFP fordert daher entschlossene politische und rechtliche Maßnahmen, um Einsatzkräfte besser zu schützen und Gewalt gegen sie konsequenter zu verfolgen. Innenminister Léon Gloden hatte im Mai

entsprechende Maßnahmen im zuständigen parlamentarischen Ausschuss angekündigt. Nun gilt es, rasch zu handeln. Nur so kann Luxemburg sicherstellen, dass der Polizeiberuf attraktiv bleibt, Nachwuchs gewinnt und die Sicherheit im Land langfristig gewährleistet bleibt.

Wenn der Schultag zur Belastungsprobe wird

Studien und Medienberichte belegen, dass auch andere Bereiche des öffentlichen Dienstes mehr und mehr Opfer von Aggressionen werden. Besonders alarmierend ist die Lage im Bildungsbereich. Die Lehrgewerkschaft SNE-CGFP machte im Rahmen einer Pressekonferenz deutlich, dass der Schulalltag vielerorts an seine Belastungsgrenzen stößt. Nach Angaben der CGFP-Mitgliedsorganisation gibt es in nahezu jeder Klasse mindestens einen Schüler mit schwerwiegenden Verhaltensproblemen, deren Bewältigung die Lehrkräfte in der Grundschule regelmäßig an ihre Grenzen bringt. In einigen Fällen war sogar das Eingreifen von Polizei oder Rettungsdiensten notwendig, weil Konflikte eskalierten, sodass Sicherheitskräfte hinzugezogen werden mussten.

Die Problematik ist keineswegs neu, sie hat sich zuletzt jedoch drastisch verschärft. Am 17. März befassete sich die Abgeordnetenkammer in zwei Interpellationen mit dem Thema „Gewalt in der Schule“. Nach jahrelanger unzureichender Beachtung ist es umso wichtiger, dass dieses Phänomen jetzt auf die politische Agenda gerückt ist.

Im Rahmen der Parlamentsdebatte räumte der Bildungsminister ein, dass Fortschritte bei der Krisenintervention erzielt werden müssten. Diese Einschätzung teilt auch das SNE/CGFP. Die Lehrgewerkschaft fordert seit Jahren die Einrichtung einer Präventions-, Unterstützungs- und Interventionsstruktur (Taskforce) an allen Schulen. Darüber hinaus plädiert sie für verstärkte Investitionen in die Prävention, damit sich Kinder in einem stabilen und verlässlichen Umfeld entwickeln können.

All diese Beispiele – stellvertretend für andere – zeigen, dass Beleidigungen, Aggressionen und Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst keine Ausnahmefälle sind, sondern zur Realität jener gehören, die das öffentliche Leben aufrechterhalten.

Parallel zu den verbalen und physischen Angriffen auf Staatsbedienstete hält sich in der öffentlichen Debatte der Mythos des „ineffizienten und überbezahlten Beamten“. Staatsbedienstete werden



wiederholt als finanzielle Last dargestellt – oftmals verbunden mit Forderungen nach Reformen im öffentlichen Dienst. Aus unterschiedlichen Kreisen wird immer wieder das Bild eines angeblich privilegierten Staatsdienstes gezeichnet, wodurch öffentlich Bedienstete pauschal diskreditiert werden.

Zur Verrohung der Debatte tragen auch zahlreiche Kommentare in sozialen Netzwerken und Onlineforen einzelner Medienhäuser bei. Hinter fragwürdigen Pseudonymen werden dort immer wieder pauschale Urteile über Staatsbedienstete gefällt, Vorurteile verbreitet und Ressentiments geschürt. Sachliche Kritik gehört zu einer demokratischen Auseinandersetzung. Persönliche Herabwürdigungen leisten jedoch keinen konstruktiven Beitrag und vergiften das Klima.

Problematisch ist, dass sich die Polarisierung nicht auf anonyme Kommentare beschränkt. Auch im öffentlichen Diskurs finden Begriffe und Vergleiche Verwendung, die nicht zu einer sachlichen Debatte beitragen.

„Soziale Apartheid ist in unserem Land leider Realität geworden“, unterstrich der Präsident des LCGB 2024 beim Neujahrsempfang seiner Gewerkschaft. Diese Formulierung verwendete er danach mehrfach, um die seiner Ansicht nach wachsende Ungleichheit zwischen Privatsektor und öffentlichem Dienst anzuprangern. Anschließend wurde der Begriff „Apartheid“ durch die ebenso drastische Metapher der „Katarisierung“ ersetzt. Auch diese Wortwahl stieß auf Kritik, nicht zuletzt, weil Luxemburg nicht mit einem totalitären Staat ohne demokratische Kontrollmechanismen gleichgesetzt werden kann.

Bashing gegen Staatsbedienstete ohne Ende

Zugleich melden sich regelmäßig Patronatsvertreter zu Wort, die die Kosten des öffentlichen Dienstes und dessen Auswirkungen auf die Staatsfinanzen kritisieren. Als am 29. Januar des vergangenen Jahres das jüngste Gehälterabkommen für den öffentlichen Dienst von der CGFP und dem zuständigen Minister Serge Wilmes unterzeichnet wurde, war die Tinte kaum getrocknet, da nutzte der Direktor des Handwerkerverbands sofort die Gelegenheit, um gegen den öffentlichen Dienst zu stänkern. „Et ass d'Aktivitéit vum Privatsecteur, déi d'Steieropkommes generéiert, mat deem elo d'Staatsbeamte solle bezuelt ginn“ lautete eine seiner Aussagen. Dabei übersah er jedoch, dass auch der öffentliche Dienst in erheblichem Maße zur wirtschaftlichen Wertschöpfung, zur Standortstabilität und zu den Rahmenbedingungen beiträgt, von denen der Privatsektor unmittelbar profitiert.

Nach der Rede zur Lage der Nation verwies der Präsident des „Conseil national des Finances publiques“, Romain Bausch, darauf, dass Investitionen als sinnvolle Ausgaben zu betrachten seien. Die Entwicklung der Gehälterausgaben im öffentlichen Dienst, die Einstellungs- politik des Staates sowie weitere Transfers für das Funktionieren der Verwaltungen seien jedoch „heftig“. Diese Einschätzung steht exemplarisch für eine Sichtweise, in der der öffentliche Dienst vor allem als Kostenfaktor wahrgenommen wird und weniger als Garant verlässlicher Dienstleistungen für Gesellschaft und Wirtschaft.

Auch Ehrenstaatsminister Jean-Claude Juncker äußerte sich kürzlich in der RTL-Sendung „Background“ kritisch gegenüber dem öffentlichen Dienst. „Zum Lëtzeburger Modell gehéiert net, dass een esou vill beim Staat muss astellen, wéi dat déi lescht Jore geschitt ass (...) Ech fan- nen, dass dat ze vill Leit sinn“, so Juncker, der darauf verwies, dass neue Arbeitsplätze heutzutage nahezu ausschließlich

im öffentlichen Dienst entstünden. Dies führe zu einem kostspieligen Ungleichgewicht, das im Zusammenhang mit den Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst nicht außer Acht gelassen werden dürfe.

Diese Aussage bedarf einer differenzierten Einordnung. Der Ausbau des öffentlichen Dienstes ist vor allem eine Folge des starken Bevölkerungswachstums und der damit verbundenen neuen Anforderungen. Auch die von Jean-Claude Juncker angesprochenen Tarifabschlüsse geben keinen Anlass zur Dramatisierung der Kostenentwicklung im öffentlichen Dienst. Die jüngsten mit der CGFP ausgehandelten Gehälterabkommen bewegen sich in einem moderaten Rahmen und berücksichtigen sowohl die wirtschaftlichen Realitäten als auch die Notwendigkeit, einen leistungsfähigen und attraktiven öffentlichen Dienst zu gewährleisten.

Ein vertrautes Muster der Stimmungsmache

Noch vor Beginn der Tripartite-Verhandlungen wurde die Frage gestellt, ob die Regierung überhaupt bereit sei, die Ausgaben im öffentlichen Dienst kritisch zu hinterfragen. In der TV-Sendung „RTL-Spezial“ am 19. Mai wurde darüber diskutiert, mit welcher Haltung die Regierung in die künftigen Gehälterverhandlungen mit der CGFP gehen werde.

Der DP-Fraktionsvorsitzende Gilles Baum zeigte sich zuversichtlich, dass vertretbare Ergebnisse erzielt werden. „Ech hu Vertrauen an den Här Wilmes an an d'CGFP“, betonte Baum. Zugleich erinnerte er daran, dass die CGFP bereits 2020 zu Beginn der Pandemie und 2022 während der durch den Ukraine-Krieg ausgelösten Energiekrise eine vernünftige Haltung eingenommen habe.

Der Journalist, der die Sendung moderierte, zeigte sich jedoch hartnäckig und hakte nach – mit einer Fragestellung, die aus Sicht des CSV-Fraktionsvorsitzenden Laurent Zeimet an ein bekanntes Muster erinnere. Wenige Tage vor Beginn der Tripartite-Gespräche werde zum wiederholten Male versucht, einen Keil zwischen öffentlichem Dienst und Privatsektor zu treiben, entgegnete Zeimet. Wenn jedoch Luxemburg als Gesellschaft zusammenstehen wolle, sollten öffentlicher Dienst und Privatsektor an einem Strang ziehen – nicht gegeneinander agieren.

Auf die Kritik an den steigenden Ausgaben im Staatsdienst reagierte der CSV-Fraktionsvorsitzende mit nüchternen Fakten, die nicht wegzureden sind. Ja, der öffentliche Dienst ist gewachsen – doch dafür lassen sich nachvollziehbare Gründe anführen. In Luxemburg hat sich die Bevölkerung in den vergangenen zwei Jahrzehnten nahezu verdoppelt. Mehr Einwohner bedeuten zwangsläufig



fig einen höheren Bedarf an öffentlichen Dienstleistungen – und folglich auch höhere staatliche Ausgaben.

So wurden beispielsweise seit dem Amtsantritt der CSV-DP-Regierung mehr als 500 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten eingestellt, um mit dem Bevölkerungswachstum Schritt zu halten und die öffentliche Ordnung zu gewährleisten. Auf diese personelle Verstärkung zu verzichten wäre eine politische Entscheidung mit spürbaren Folgen für die öffentliche Sicherheit gewesen.

Ähnlich verhält es sich in der Magistratur: Auch dort wurde Personal aufgestockt, um Verfahren zu beschleunigen und Rückstände abzubauen. Ein Verzicht auf diese Investitionen hätte zwar kurzfristig die Ausgaben gesenkt, wäre jedoch zulasten der Effizienz einer zentralen staatlichen Schlüsselinstitution gegangen.

Wer den Staat primär als reinen Kostenfaktor betrachtet, verkennt die Schlüsselrolle eines leistungsstarken öffentlichen Dienstes für das Gemeinwohl. Selbst Vertreter der Arbeitgeberseite räumen dies ein. „Je préfère avoir une très bonne fonction publique, même si elle coûte cher“, erklärte der ehemalige UEL-Präsident Nicolas Bück kürzlich in einem Interview mit dem „Lëtzeburger Land“.

Mehr Schutz für das Rückgrat der Demokratie

Gerade in Zeiten vielfältiger Krisen braucht es einen handlungsfähigen Staat. Wer das Vertrauen der Bürger in die staatliche Handlungsfähigkeit, in die Institutionen und letztlich in die Demokratie stärken will, muss anerkennen, dass dies nur mit einem gut funktionierenden öffentlichen Dienst gelingen kann. Staatsbedienstete legen einen Eid auf die Verfassung ab und stehen damit für die Werte des demokratischen Rechtsstaats ein. Der Bundesvorsitzende des dbb

(beamtenbund und tarifunion), Volker Geyer, bezeichnete sie daher als „Bollwerk gegen Extremismus“.

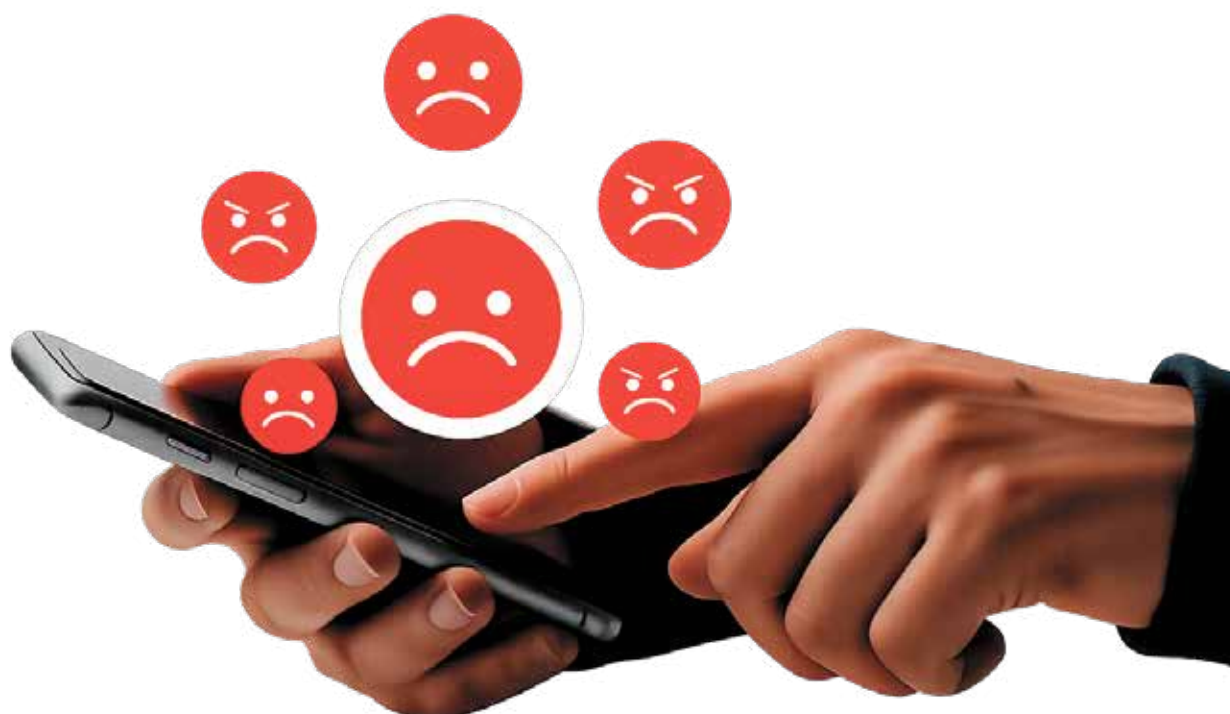
Die verbreitete fälschliche Vorstellung eines trägen und überdimensionierten Staatsapparats wird der Realität nicht gerecht. Sie blendet die Verantwortung und den täglichen Einsatz der öffentlich Bediensteten aus. Ob in der Verwaltung, im Bildungswesen, bei Polizei und Rettungsdiensten, in der Justiz oder im Gesundheitssektor – um nur einige Beispiele stellvertretend für andere zu nennen – überall leisten Staatsbedienstete einen unverzichtbaren Beitrag zum Funktionieren unseres Gemeinwesens. Viele von ihnen tragen große Verantwortung und stehen dabei nicht selten unter enormem Druck.

Vorurteile gegenüber öffentlich Bediensteten sind daher nicht nur sachlich unbegründet, sondern schaden auch dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie untergraben den Respekt gegenüber jenen, die Tag für Tag das öffentliche Leben am Laufen halten. Notwendig ist stattdessen eine sachliche und differenzierte Debatte, die der Bedeutung dieser Berufe gerecht wird.

Verbale und physische Angriffe auf Beschäftigte im öffentlichen Dienst lösen keine gesellschaftlichen Herausforderungen, sondern verschärfen sie. Ein funktionierender Staat setzt voraus, dass jene, die in seinem Dienst stehen, respektiert und geschützt werden.

Die CGFP fordert daher wirksame Maßnahmen gegen Angriffe auf Staatsbedienstete sowie eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung ihrer Arbeit. Denn nur ein starker und respektierter öffentlicher Dienst kann seine zentrale Aufgabe erfüllen: den Bürgerinnen und Bürgern verlässlich dienen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Max Lemmer





Der Staat im KI-Stresstest

Die Digitalisierung des öffentlichen Dienstes wird seit Jahren als Schlüssel zu einer modernen, effizienten und bürgernahen Verwaltung betrachtet. Sie soll Abläufe beschleunigen, Kosten senken, den Zugang zu Dienstleistungen erleichtern und die Beschäftigten entlasten. Während Strategiepapiere ambitionierte Zielsetzungen beinhalten, stehen die Verwaltungen bei der Umsetzung vor erheblichen Herausforderungen.

Damit Wirtschaft und Gesellschaft reibungslos funktionieren, bedarf es eines leistungsstarken öffentlichen Dienstes, der stabile Rahmenbedingungen schafft und Planungssicherheit gewährleistet. Dem Staat wird jedoch wiederholt zu Unrecht vorgeworfen, dieser Rolle nicht in ausreichendem Maße gerecht zu werden. Kritiker monieren, dass die Staatsverwaltung zu langsam arbeite, die Verfahren zu bürokratisch seien und die behördlichen Abläufe zunehmend komplexer würden.

Diese Bewertung greift jedoch zu kurz: Zahlreiche Behörden arbeiten deutlich effizienter als es die öffentliche Wahrnehmung vermuten lässt. Mögliche Verzögerungen sind häufig die Folge politischer Entscheidungen, umfangreicher rechtlicher Vorgaben oder begrenzter Ressourcen.

Angesichts steigender Erwartungen an staatliche Dienstleistungen rückt verstärkt die Frage in den Fokus, wie Verwaltungsaufgaben noch effizienter erfüllt werden können. Im Zentrum dieser Debatte steht die Digitalisierung, die vielfach als Möglichkeit angesehen wird, staatliches Handeln noch effizienter zu gestalten. In welchem Umfang diese Erwartungen erfüllt werden können, ist jedoch Gegenstand kontroverser Diskussionen.

Tatsache ist, dass die Digitalisierung im Alltag vieler Bürger bereits fest verankert ist. Erhebungen des STATEC zufolge haben 87 % der Einwohner im Jahr 2024 Behördengänge online erledigt. Die Nutzung digitaler Angebote ist insbesondere bei den 25- bis 44-Jährigen (94 %) verbreitet. Mit zunehmendem Alter sinkt diese Quote deutlich. In der Altersgruppe der 65- bis 74-Jährigen greifen lediglich 68 % auf digitale Behördendienste zurück. Darüber hinaus spielt der Bildungsgrad eine wichtige Rolle. Je höher die Ausbildung, desto häufiger werden digitale Verwaltungsangebote genutzt.

Trotz der hohen Nutzungszahlen verläuft der digitale Behördenkontakt nicht immer reibungslos. Rund die Hälfte der Nutzer berichten von Problemen. Dabei werden hauptsächlich Anwendungen oder Webseiten als zu kompliziert in der Bedienung genannt (27 %). Zudem treten technische Störungen (22 %) sowie Schwierigkeiten bei der Verwendung elektronischer Unterschriften oder Identifizierungen (11 %) auf. Diese Ergebnisse

verdeutlichen, dass die Digitalisierung zwar angenommen wird, ihre Vorteile jedoch nicht allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen zugutekommen.

KI zwischen Verunsicherung und Aufbruch

Gleichzeitig begegnen manche Beschäftigte dem rasanten technologischen Wandel mit Zurückhaltung und Verunsicherung. In Deutschland halten mehr als ein Drittel der öffentlich Bediensteten es für möglich, dass ihre Aufgaben künftig von Algorithmen übernommen werden. Tatsächlich werden heute bereits rund 40 % der Mitarbeiter in deutschen Behörden mit KI-Technologie unterstützt. Dies zeigt, wie tief digitale Werkzeuge im Verwaltungsalltag bereits etabliert sind.

Auch in Luxemburg wird das Potenzial der Automatisierung aufmerksam beobachtet. Nach Einschätzung der nationalen Statistikbehörde könnten 14 % der Arbeitsplätze durch KI-gestützte Prozesse gefährdet sein. Besonders betroffen seien dabei unter anderem Tätigkeiten im Ver-

waltungsbereich, wie der STATEC-Direktor gegenüber RTL erläuterte.

Die Unternehmens- und Strategieberatung McKinsey, die staatliche Verwaltungen im Ausland berät, erkennt im Einsatz generativer KI erhebliche Chancen für den öffentlichen Dienst. Bei sachgerechter Anwendung könne GenAI zu einem strategischen Instrument werden, das die Handlungsfähigkeit des Staates langfristig sichert und öffentliche Dienstleistungen noch gezielter an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausrichtet.

Auch die CGFP streitet nicht ab, dass KI einen bedeutenden Beitrag im öffentlichen Dienst leisten kann. Im Vordergrund muss die Entlastung der Beschäftigten stehen. Werden standardisierte Routineaufgaben durch KI unterstützt oder übernommen, können sich die Mitarbeiter vermehrt anspruchsvolleren Tätigkeiten sowie dem direkten Service für die Bürger widmen. Chatbots, die auf generativer KI beruhen, könnten Bürgeranfragen jederzeit bearbeiten und individuelle Auskünfte erteilen. Eine Unterstützung beim Ausfüllen von Formularen erscheint ebenso denkbar.

Inwieweit künstliche Intelligenz in Luxemburgs Verwaltungen aktuell genutzt wird, lässt sich schwer beziffern. Die CSV-DP-Koalition betrachtet den digitalen Wandel als zentralen Baustein zur Mo-

dernisierung des öffentlichen Dienstes. Im Koalitionsabkommen heißt es dazu: „Le gouvernement entend promouvoir davantage la numérisation des services et la simplification des procédures administratives de l’État, tout en conservant la possibilité de recourir à des échanges plus traditionnels et non-numériques.“

Luxemburg auf dem Weg zur KI-Nation?

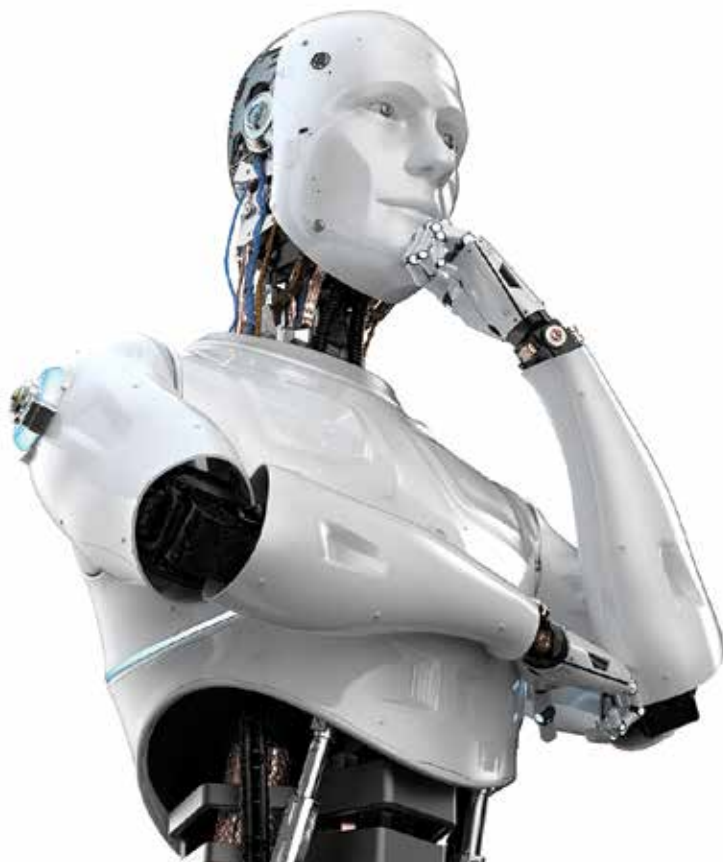
Auch künstliche Intelligenz nimmt in diesem Zusammenhang eine zunehmend wichtige Rolle ein. Im Juni des vergangenen Jahres wurde eine strategische Partnerschaft zwischen Luxemburg und Mistral AI in Höhe von 40 Millionen Euro vereinbart. Das französische Unternehmen zählt zu den wenigen europäischen Anbietern, die im Wettbewerb mit den großen US-amerikanischen KI-Entwicklern wie OpenAI, Anthropic oder Google stehen.

Luxemburg gilt als erstes Land, das eine umfassende Kooperation mit Mistral AI eingegangen ist. Ziel ist es, „bei einer verantwortungsvollen, innovativen und souveränen KI eine Vorreiterrolle einzunehmen.“ Zugleich soll der Staatsdienst modernisiert werden, indem KI in den Verwaltungen flächendeckend eingesetzt wird.

Unter dem Motto „KI im Dienst des Menschen“ startete Premierminister Luc Frieden im März dieses Jahres die nationale Kampagne „AI4LUX“ zum Thema künstliche Intelligenz. Diese umfasst drei Prioritäten: die Modernisierung des öffentlichen Handelns, die Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit des Landes sowie die Verbesserung des Zugangs der Bürger zu Informationen.

Ein neu eingerichtetes Internetportal bietet einen Überblick über die staatlich geförderten Projekte im KI-Bereich sowie deren konkreten Nutzen für die Gesellschaft. Den Bürgern wird somit ermöglicht, sich über die verschiedenen laufenden Initiativen zu informieren.

Ein zentraler Aspekt der Kooperation mit Mistral AI ist die Einführung von KI-Lösungen direkt vor Ort, wodurch die Sicherheit und Vertraulichkeit der in Luxemburg gespeicherten Daten gewährleistet wird, wie es in einer Pressemitteilung des Staatsministeriums hieß. Bei der Modernisierung der öffentlichen Verwaltungen erhalten alle Staatsbediensteten Zugang zu einem souveränen Chatbot. Dieses Tool ermögliche es den Mitarbeitern nicht nur, sensible Informationen sicher zu verarbeiten, sondern auch maßgeschneiderte intelligente „Bedienstete“ zu entwickeln, um die Erledigung bestimmter alltäglicher Aufgaben



zu erleichtern, teilte das Staatsministerium mit.

Digitalisierung mit Nebenwirkungen

Auffällig ist, dass die Regierung in ihren Stellungnahmen fast ausschließlich die mit KI verbundenen Chancen in den Vordergrund stellt. Risiken wie die digitale Ausgrenzung älterer und benachteiligter Bevölkerungsgruppen, die Gefahr einer zunehmenden Abhängigkeit von IT-Systemen, Datenschutzfragen oder die mögliche Entfremdung zwischen Bürgern und Verwaltungen werden zwar am Rande erwähnt, stehen jedoch deutlich weniger im Mittelpunkt als die erwarteten Effizienzgewinne.

Die Partnerschaft mit Mistral AI, die vorrangig auf den öffentlichen Dienst ausgerichtet ist, wurde von einem holprigen Beginn begleitet. Nach Auffassung der CGFP wäre es angebracht gewesen, zunächst die einzige national repräsentative Gewerkschaft aller Staatsbediensteten in die Diskussion einzubeziehen.

Stattdessen initiierte die Regierung einen „KI-Dësch“, an dem auch Akteure beteiligt waren, die von den geplanten Veränderungen im öffentlichen Dienst nur bedingt betroffen sind. Im Anschluss an den „KI-Dësch“ wurden mehrere Arbeitsgruppen eingerichtet, die in zwischen unter Beteiligung der CGFP mehrfach getagt haben. Die Schlussfolgerungen dieser Arbeitsgruppen stehen noch aus. Es bleibt abzuwarten, inwiefern deren Ergebnisse in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden. In politischen Debatten wird die Digitalisierung häufig als Allheilmittel dargestellt: weniger Bürokratie, mehr Bürgernähe, effizientere Abläufe – und das alles nahezu automatisch. Diese Vorstellung entspricht jedoch nur bedingt der Realität.

Tatsächlich ist Digitalisierung ein zweischneidiges Schwert. Sie kann zwar Abläufe beschleunigen und Kosten senken, gleichzeitig entstehen jedoch häufig zusätzliche Anforderungen, neue Regelungen und ein höherer Kontrollaufwand. Ein Beispiel, das vielen Beschäftigten vertraut ist: Digitale Anträge, die am Ende dennoch ausgedruckt, unterschrieben und wieder eingescannt werden müssen, weil an einer „Originalunterschrift“ festgehalten wird. Was ein einfacher Vorgang sein könnte, wird durch solche Vorgaben zu einer bürokratischen Odyssee. Die erhoffte Entlastung rückt dadurch in weite Ferne.

Entlasten statt ersetzen

Hinzu kommt, dass die angepeilte Vereinfachung von Verwaltungsabläufen zugunsten der Bürger nicht selten einen erhöhten Arbeitsaufwand bei den Staatsbediensteten nach sich zieht. Daten müssen geprüft, hochgeladen, archiviert oder nachbearbeitet werden. Neue Datenschutzvorgaben, Identifikationsverfahren oder technische Standards bringen zusätzliche Aufgaben mit sich. Die versteckten Kosten dieser Entwicklung (Lernaufwand, technische Hürden...) werden häufig unterschätzt.

Digitalisierung führt folglich nicht zwingend zu weniger Bürokratie. Ohne grundlegende Reformen, klare Zuständigkeiten und echte Investitionen in digitale Kompetenzen bleibt sie eher ein Nullsummenspiel. Damit die Verwaltung substanziell entlastet wird, genügt es nicht, digitale Tools einzuführen. Erst gute Rahmenbedingungen machen den Unterschied. Die Mitarbeiter benötigen klare Strukturen und ausreichend Zeit, um sich sicher in der digitalen Arbeitswelt zu bewegen.

Verwaltungen sind oft kreativer, als viele vermuten. In den Dienststellen arbeiten zahlreiche Menschen, die Veränderung als Chance begreifen und bereit sind, sich mit KI-Tools auseinanderzusetzen. Wer täglich mit Personalmangel, steigenden Anforderungen oder wachsender Arbeitsbelastung konfrontiert

ist, weiß, dass digitale Lösungen helfen können – vorausgesetzt, sie werden sinnvoll eingeführt.

Umso irritierender erscheinen provokante Äußerungen wie die des Finanzunternehmers Carsten Maschmeyer, der behauptete, die Verwaltung müsse in Deutschland „quasi komplett“ durch KI ersetzt werden. Solche Aussagen zeigen eine große Distanz zum Arbeitsalltag im öffentlichen Dienst. Die Tätigkeiten dort sind vielschichtig, oft hochkomplex und stark vom menschlichen Urteilsvermögen geprägt. KI kann an einigen Stellen Unterstützung leisten und entlasten – jedoch nicht in allen Bereichen.

Die CGFP hat wiederholt betont, dass die Digitalisierung nicht als Vorwand dienen darf, um Personal abzubauen oder Verantwortung auszulagern. Vielmehr muss sie so gestaltet werden, dass sie die Beschäftigten entlastet, anstatt sie zu ersetzen. Die öffentlich Bediensteten erwarten zu Recht, dass Politik, Arbeitgeber und Gewerkschaften diesen Weg gemeinsam mit ihnen gehen und nicht an ihnen vorbeihandeln.

Fachkräfte als Schlüssel der Transformation

Die Einführung von KI-Systemen wird häufig als bedeutender Fortschritt beschrieben – doch in der Praxis zeigt sich schnell: Ohne Menschen, die diese Technologien entwickeln, implementieren, betreiben und verantwortungsbewusst anwenden, bleibt diese Modernisierung Theorie. Gerade in diesem Bereich ist das benötigte Fachpersonal nur in begrenztem Umfang verfügbar. Nicht nur der öffentliche Dienst sucht händierend nach IT-Experten und Datenfachleuten. Auch die Privatwirtschaft wirbt intensiv um dieselben Talente.

Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Einsatz von KI in der Verwaltung setzt voraus, dass die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten konsequent mitgedacht werden. Digitalisierung gelingt nur, wenn der Arbeitgeber bereit ist, in die Menschen zu investieren. Ohne Kompetenzaufbau bleibt KI ein Papiertiger – technisch beeindruckend, aber im Alltag kaum nutzbar.

Mittlerweile ist absehbar, dass KI die Arbeitsweise der Verwaltung grundlegend verändern wird. Während jedoch vielerorts von einer „Revolution“ die Rede ist, bleiben zentrale Frage offen. Wie stellen wir sicher, dass die Transformation im Interesse der Beschäftigten umgesetzt wird? Welche Aufgaben können sinnvoll von KI unterstützt werden? Wo ist das menschliche Urteil unverzichtbar? Und wie gestalten wir die Arbeitsbedingungen unter Berücksichtigung der neuen Gegebenheiten?

Diese Debatte wurde in den erwähnten Arbeitsgruppen angestoßen. Sie darf sich jedoch nicht auf einen bloßen Austausch unterschiedlicher Positionen beschränken. Erforderlich sind konkrete Entscheidungen, die auf einem breiten Konsens beruhen. Damit künstliche Intelligenz im



öffentlichen Dienst einen tatsächlichen Nutzen entfalten kann, bedarf es eines kohärenten Gesamtkonzepts, das klare Prioritäten definiert.

Obwohl die Regierung eine Partnerschaft mit Mistral AI eingegangen ist, bleibt unklar, in welche Richtung diese Entwicklung führen soll. Für eine Technologie, die tief in Arbeitsprozesse eingreift, stellt dies ein erhebliches Problem dar. Transparenz ist eine unerlässliche Voraussetzung, um bei den Beschäftigten Vertrauen und Akzeptanz zu schaffen.

Mitbestimmung statt KI-Diktat

Für den Einsatz von KI im öffentlichen Dienst sind verbindliche Regeln und nachvollziehbare Entscheidungswege erforderlich. Nur mit einem klaren Fahrplan lässt sich bestimmen, in welchen Bereichen KI tatsächlich Mehrwert schafft, ohne den Datenschutz zu gefährden und die digitale Souveränität zu schwächen. Voraussetzung hierfür sind zudem sichere Rechenzentren und eine leistungsfähige souveräne Cloud-Umgebung.

Der Einsatz von künstlicher Intelligenz im Staatsdienst darf nicht zu isolierten Lösungen führen. Wenn jede Behörde eigene Systeme entwickelt und unterschiedlichste Konzepte parallel laufen, entsteht ein Flickenteppich, der niemandem nützt. Ebenso problematisch wäre es, wenn im Arbeitsalltag sogenannte „Schattenlösungen“ entstehen, bei denen Mitarbeiter auf frei verfügbare KI-Tools zurückgreifen, um ihre Aufgaben schneller zu bewältigen. Eine gemeinsame, sichere und verlässliche KI-Strategie lässt sich auf diese Weise nicht umsetzen. Sinnvoll wäre die Einrichtung eines zentralen „KI-Governance-Board“, das Standards definiert, Risiken überwacht und die Zusammen-

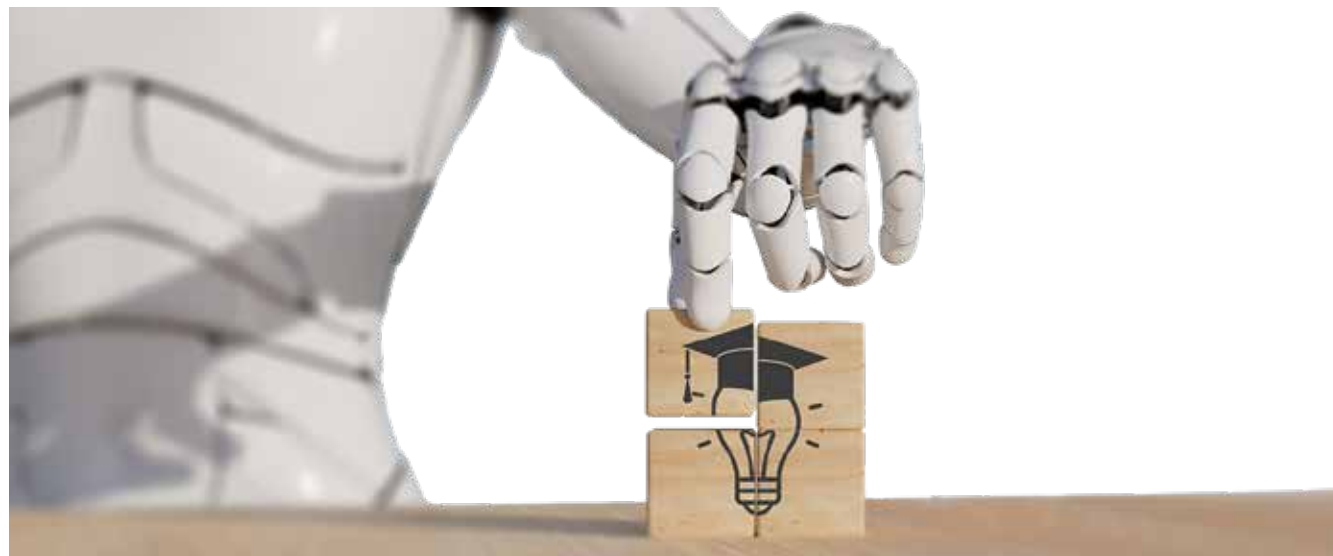
arbeit zwischen den Verwaltungen koordiniert.

Der Erfolg des digitalen Wandels hängt nicht allein von der technischen Umsetzung ab. Mindestens ebenso entscheidend ist es, die Mitarbeiter frühzeitig aktiv einzubinden und ihre Erfahrungen, Erwartungen und Bedenken ernst zu nehmen. Es muss zudem klar geregelt sein, wer die Verantwortung für die durch KI unterstützten Entscheidungen trägt.

Eine zentrale Aufgabe besteht darin, die Mitarbeiter durch Weiterbildung und praxisnahe Begleitung zu befähigen, den Einsatz von KI sinnvoll mitzugestalten. Eine breit angelegte Schulungsoffensive ist unabdingbar. Die öffentlich Bediensteten müssen die Möglichkeit erhalten, sich schrittweise mit den neuen Tools vertraut zu machen. Die Lernangebote müssen auf ihre Arbeitsrealität zugeschnitten sein. Die Trainingsmodule sollten flächendeckend angeboten und gemeinsam mit der CGFP abgestimmt werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass alle Mitarbeiter die gleichen Chancen erhalten, Kompetenzen auszubauen.

Mit einer eigenständigen KI-Strategie für den öffentlichen Dienst hat Luxemburg die Chance, die Weichen für eine moderne, zukunftsfähige und weiterhin bürgernahe Verwaltung zu stellen. Die technologischen Entwicklungen schreiten jedoch mit hoher Geschwindigkeit voran. Wer heute notwendige Entscheidungen aufschiebt, riskiert morgen den Anschluss zu verlieren. Wer zögert, überlässt anderen die Gestaltung der Zukunft und verwaltet lediglich den Rückstand. Die nächsten Schritte sollten daher entschlossen, selbstbewusst und im Rahmen eines echten Sozialdialogs erfolgen.

Max Lemmer



VAKANZ DOHEEM

Lasst uns Ihre Pergola zusammen planen



SHOWROOM
181, rue de Luxembourg – L-4222 ESCH/ALZETTE
Tel.: (+352) 55 21 56-1 | info@metalica.lu | www.metalica.lu



Mir freeën eis op Aeren Besuch
Méindeg bis Freideg, 9.00 – 18.00 Auer
Samschdeg, 9.00 – 13.00 Auer
Oder op Rendez-vous: www.metalica.lu

**FONDATION
CGFP DE SECOURS**

CGFP -SERVICES

Wie kann man Gutes tun?

- 1. Mittels einer großzügigen Spende – gelegentlich oder regelmäßig – an das CGFP-Hilfswerk.
- 2. Zudem: Wenn Sie ein gutes oder weniger gutes Ereignis in Ihrer Familie oder in Ihrem Freundeskreis haben, dann können Sie Ihren Glückwünschen oder Ihrer Anteilnahme durch eine dem Anliegen entsprechende Spende an das CGFP-Hilfswerk Ausdruck verleihen.

Somit bekunden Sie aus Solidarität Ihre konkrete Verbundenheit mit vielen Bedürftigen dieser Welt.



Fondation CGFP de Secours

(agrée par arrêté grand-ducal du 19 octobre 1995)

CCPLLULL: LU46 1 111 0733 4614 0000

*(Die Geldspenden sind steuerlich absetzbar
und werden dem Spender zertifiziert.)*

Ein Liebesbrief ohne Emotionen

**Gut besuchte KI-Schulung der Berufskammer der öffentlich Bediensteten
Ängste und Hoffnungen rund um die künstliche Intelligenz**

Alles, was „algorithmisiert, digitalisiert oder robotisiert“ werden könne, würde es über kurz oder lang auch werden. Mit dieser ernüchternden Feststellung leitete Kursleiter Michael Vetter, der breiten Öffentlichkeit bestens bekannt als langjähriger WDR-Journalist, seine Schulung zum Thema „Ängste und Hoffnungen rund um die KI“ ein, zu der die Berufskammer der öffentlich Bediensteten ihre Mitglieder am vergangenen 1. Juni geladen hatte.

Auf ernsthafte und humorvolle Art zugleich verstand es Vetter, die Teilnehmer in seinen Bann zu ziehen und einen ganzen Tag lang nicht nur stark zu beeindrucken, sondern geradezu mitzureißen.

Seine einleitenden Worte begründete der Kursleiter in erster Linie damit, dass Unternehmen profitorientiert ausgerichtet seien und Dividenden ausschütten müssten. Und wie gelinge das? – durch Einsparungen natürlich, in erster Linie beim Personal!

Gewerkschaften wichtiger denn je

Im Zuge der Digitalisierung fielen so manche Berufe einfach weg. Aufgabe der Arbeitnehmervertreter sei es demnach, alles daranzusetzen, „um die Jobs zu erhalten“. Demzufolge seien Gewerkschaften heute wichtiger denn je, so Vetter, der eine Parallele zur Industrialisierung vor über 100 Jahren zog. Einziger Unterschied: Die Industrialisierung sei einzig und allein als Chance gesehen worden. Im Gegensatz zu damals würden sich hinter der KI wohl auch Chancen, gleichsam aber auch Risiken und Gefahren verbergen.

Die Frage, ob die KI oder dein/e Partner/ in dich besser kenne, war schnell beantwortet. Die KI natürlich! Das Smartphone höre alles mit. Wir geben alles freiwillig ein. Und Vetter wörtlich: „Ich will behaupten, dass unsere Partner uns weniger gut kennen als Google“. 95 Prozent der weltweiten Nutzer benutzten ChatGPT kostenlos, nur fünf Prozent zahlten dafür. Seine Ausführungen untermauerte Vetter mit einer Erfahrung aus seinem ganz persönlichen Umfeld: Knapp habe ihm seine Frau ein Foto geschickt, auf dem sie zusammen mit einer Freundin einen Cocktail an einem Pool trank, schon



Zahlreiche Teilnehmer wohnten der KI-Schulung der Berufskammer der öffentlich Bediensteten bei.

habe er Werbung für Poolreiniger erhalten.

Finanzinstitute hingegen würden heute auf das sogenannte Ampelsystem – grün, gelb, rot – zurückgreifen, um die Zahlungsfähigkeit ihrer Kunden zu ermitteln. Früher sei der Kunde noch als Mensch auf seine Vertraulichkeit geprüft worden.

Die KI sei kein Urknall gewesen. Sie sei, ganz im Gegenteil, vom Menschen geschaffen, „gefüttert“ und, je nachdem, verbessert oder verschlechtert worden. Leider gebe es aber nicht nur „Gutmenschen“ sondern auch „Schlechtmenschen“ auf der Welt, sodass sich die Frage, ob wir der KI denn überhaupt vertrauen könnten, geradezu aufdränge. „Wir vertrauen heute Google, nicht mehr dem Arzt oder dem Anwalt, die ja nur an uns verdienen wollen.“ Im Gegensatz zum Menschen wisse Google auch in 30 Jahren noch, was wir damals getan hätten. Und dennoch solle die KI ausschließlich unterstützend wirken, dürfe aber niemals als vollständiger Ersatz für den Menschen betrachtet werden.

Die KI als Chance

Dass wir Menschen von der KI abhängig sind, machte Vetter auf humorvolle Weise an einem Beispiel fest: „Wer nicht innerhalb einer Minute auf eine WhatsApp-Nachricht antwortet, muss mit einer Vermisstenmeldung rechnen.“

Hinzu komme der Umstand, dass die von der KI generierten Antworten immer schwerer von den vom Menschen verfassten Erwiderungen zu unterscheiden seien. Große Hoffnungen würden in dieser Frage in die Jugend gesetzt: Die neue Generation bekomme das hin, weil sie mit Optimismus, Euphorie und weniger Angst an die Sache herangehe und gleichsam kritischer sei als die älteren Generationen – was

uns dann auch zu den Chancen der KI führe.

Aus anerkannten Studien gehe hervor, dass sich der Mensch im Schnitt sieben Stunden am Tag im Internet aufhalte – und das hauptsächlich zu privaten Zwecken. Er selbst, schmunzelte Vetter, gehöre fast nach jedem Seminar einer neuen Messenger-Gruppe an.

Wenn wir den durch die KI erreichten Zeitgewinn nicht „als reine Ware betrachten“, sondern gesellschaftlich umverteilen, könne aus dem individuellen Zeitgewinn durch die KI ein Sozialgewinn werden, „damit wir uns wieder mehr um den Menschen kümmern“.

Die Japaner zum Beispiel setzten in der Pflege sehr häufig Roboter ein, die als zuverlässig gelten, Aufgaben übernehmen, die der Mensch ungern verrichte, und den Einrichtungen wie beispielsweise Altenheimen auch noch Geld und Ressourcen sparen – wohl wissend, dass der demografische Wandel in Japan ausgeprägter sei als in unseren Breitengraden.

Dabei sei die Entwicklung sehr weit vorgeschritten: Der Pflegeroboter könne heutzutage bereits Emotionen aus einem Gesicht erkennen, er würde niemals etwas tun, was wir nicht wollten, „weil wir ihn ja programmiert haben“. Dem Mitmenschen stünde dadurch wieder mehr Zeit zur Verfügung für das Dasein, für das persönliche Gespräch: „Menschen werden wieder menschlicher“.

Was für den Pflegesektor gelte, zähle umso mehr auch für das Bildungswesen. „Lehrerinnen und Lehrer können sich wieder intensiver und individueller um die Schülerinnen und Schüler kümmern, wenn standardisierte und auch leistungsdifferenzierte Aufgaben teils zunehmend von der KI erstellt werden können.“

Im privaten Bereich bahnten sich heutzutage viele Partnerschaften über das Internet an. Wer passt zu wem? – Die alles entscheidende Antwort werde über Algorithmen gelöst. Die Partnersuche mithilfe der KI sei etwas sehr Gängiges heutzutage. Sobald die Hobbys übereinstimmen und der Partner den eigenen Interessen entspreche, könne der zukünftige optimale Lebensgefährte schnell ermittelt werden, und das „ohne den Fuß vor die Tür zu setzen.“

Von „gewaltigen Vorteilen“ der KI profitiere indes die Medizin. Künstliche Intelligenz revolutioniere das Gesundheitswesen durch enorme Präzision und

Effizienz. Befunde würden erstellt, die mit dem menschlichen Auge kaum wahrgenommen würden. So beschleunige die KI die Diagnostik, ermögliche maßgeschneiderte Therapien und entlaste das medizinische Personal auf bedeutende Weise.

Die KI jedenfalls gehe mit einer „massenhaften Migration“ einher, die sowohl unsere Kultur als auch unsere Sprache und unser Miteinander nachhaltig prägen werde. „Wir dürfen uns nicht dagegen wehren, es wird kein Weg daran vorbeiführen“, so die unmissverständliche Botschaft. Und daher der Aufruf, die KI mitzugestalten, „als Ergänzung, ja als Bereicherung, niemals aber als vollständigen Ersatz.“

Grenzen der KI

Dass die künstliche Intelligenz mitunter an ihre Grenzen stößt, hat sich spätestens bei den praktischen Aufgaben gezeigt. In zwei Gruppen aufgeteilt, waren die Kursteilnehmer dazu aufgerufen, zwei unterschiedliche Briefe zu verfassen: ein Bewerbungsschreiben an die Steuerverwaltung und „einen Liebesbrief...“, die eine Gruppe mit Hilfe der KI, die andere Gruppe ohne jegliche KI-Unterstützung, ganz auf sich allein gestellt.

Die Ergebnisse brachten es an den Tag: Das KI-generierte Bewerbungsschreiben war wohl korrekt formuliert, trug aber keinerlei persönliche Handschrift und unterschied sich wohl in keiner Weise von den anderen Hunderten von Bewerbungen, die beim Amt eingingen. Das ohne KI-Unterstützung verfasste Schreiben hob sich stattdessen wohlwollend von der KI-generierten Fassung ab – auch, aber nicht nur durch den einleitenden Satz, der Empfänger solle das Schreiben doch bitte schön bis zum Ende lesen.

Noch deutlicher wurde der Unterschied bei den beiden Liebesbriefen. Während das von „menschlicher Intelligenz“ entstandene Schreiben gefühlvolle, persönliche, feinfühlig und ausdrucksstarke Formulierungen beinhaltete, war die KI-generierte Fassung in ihrer Form eher gefühllos, leidenschaftslos und von mangelndem innerem Antrieb geprägt – kurz: ein Liebesbrief ohne Emotionen.

In einem Punkt stimmten die Teilnehmer definitiv überein: Wer seine Zukünftige (oder seinen Zukünftigen) nachhaltig überzeugen möchte, sollte besser auf die KI verzichten!

s.h.



Kursleiter Michael Vetter verstand es, die Anwesenden mit ernsthaften, genauso wie mit ironischen Einlagen in seinen Bann zu ziehen.



CESI Summer Days 2026

Europas Zukunft entscheidet sich am Arbeitsplatz



„From the Pillar to a Quality Jobs Act“ – unter diesem Motto fand am 25. Juni die sechste Ausgabe der CESI Summer Days in Brüssel statt. An der Veranstaltung nahm auch eine Delegation der CGFP teil, die zu den Gründungsmitgliedern der Europäischen Union Unabhängiger Gewerkschaften (CESI) zählt. Vertreter europäischer Institutionen, Sozialpartner, Politiker und Experten diskutierten darüber, wie hochwertige Arbeitsplätze Europas Wettbewerbsfähigkeit und den sozialen Zusammenhalt sichern können

Zum Auftakt der diesjährigen Summer Days erinnerte CESI-Generalsekretär Klaus Heeger in seiner Begrüßungsansprache daran, dass die Europäische Säule sozialer Rechte mit ihren 20 Grundsätzen seit ihrer Proklamation im Jahr 2017 den gemeinsamen Kompass bilde. Sie umfasse Chancengleichheit, den Zugang zum Arbeitsmarkt, faire Arbeitsbedingungen sowie sozialen Schutz und Inklusion. Trotz der großen aktuellen Herausforderungen dürfe nicht übersehen werden, dass seit ihrer Einführung bereits erhebliche Fortschritte erzielt worden seien.

Hochwertige Arbeitsplätze seien nicht nur ein gewerkschaftliches Kernanliegen, sondern auch ein wesentlicher Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung Europas, erklärte Heeger: „Sie ziehen Talente an, steigern die Produktivität, stärken die Widerstandsfähigkeit, verringern Versorgungsengpässe und festigen das Vertrauen in unsere Volkswirtschaften.“ Ebenso wichtig sei es, den Beschäftigten

die notwendigen Kompetenzen für eine Zukunft zu vermitteln, die von Unsicherheit geprägt sei.

Daran anknüpfend warnte Victor Negrescu, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, davor, soziale Rechte angesichts wirtschaftlicher und politischer Herausforderungen zunehmend an den Rand zu drängen. Der technologische Wandel und eine zunehmende Belastung am Arbeitsplatz infolge des Klimawandels machten deutlich, dass gute Arbeitsbedingungen künftig noch stärker berücksichtigt werden müssten.

Besorgt zeigte sich Negrescu über den Rückgang der Tarifbindung in Europa. Während im vergangenen Jahr 77 % der Arbeitsverträge auf Tarifverhandlungen beruhten, liege dieser Anteil heute nur noch bei etwa 60 %. Als Antwort auf diesen Trend dränge sich eine konsequentere Umsetzung der europäischen Mindestlohnrichtlinie und der Entgelt-

transparenzrichtlinie auf. Soziale Standards sollten künftig verbindlich an die Vergabe von EU-Finanzmitteln geknüpft werden. Gleichzeitig gelte es, Sozialpartner und Zivilgesellschaft stärker in die Ausarbeitung, Umsetzung und Evaluierung europäischer Programme einzubeziehen.

Maria Luisa Cabral, Direktorin für hochwertige Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen und Sozialdialog bei der Europäischen Kommission, erinnerte daran, dass die Europäische Säule sozialer Rechte auch beinahe zehn Jahre nach ihrer Proklamation nichts an Bedeutung verloren habe. Die EU komme bei der Beschäftigung spürbar voran: Die Erwerbsquote liege inzwischen bei 76 % und nähere sich somit dem EU-Ziel von 78 % an.

Mit dem bevorstehenden „Quality Jobs Act“ möchte die EU-Kommission den europäischen Rechtsrahmen an die tiefgreifenden Veränderungen der Arbeitswelt anpassen. Cabral stellte klar, dass die geplante Vereinfachung europäischer Vorschriften nicht als Abbau von Arbeitnehmerrechten missverstanden werden dürfe. Ziel sei es vielmehr, die Regeln verständlicher und leichter anwendbar zu gestalten, damit die sozialen Rechte nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch in der Praxis wirksam werden.

Soziale Rechte sind kein Luxus

Wie wichtig die sorgfältige Umsetzung europäischer Richtlinien und die anschließende Überprüfung ihrer Auswirkungen sind, verdeutlichte Lucie Studničná, Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA), am Beispiel der EU-Mindestlohnrichtlinie in ihrem Heimatland Tschechien. Dort soll der Mindestlohn zwar bis 2029 auf 40 % des Durchschnittslohns steigen, zugleich wurden jedoch die gesetzlichen Lohnuntergrenzen für qualifizierte Arbeitnehmer abgesenkt.

Studničná warnte zugleich davor, dass wirtschaftlicher Erfolg nicht automatisch zu hochwertigen Arbeitsplätzen, höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen führe. Europas Wettbewerbsfähigkeit müsse stets mit sozialem Fortschritt ein-

hergehen. Gerade die Vernetzung von Innovation, gemeinsamen Werten und einem starken Sozialmodell sei ein entscheidender Vorteil der Europäischen Union im internationalen Wettbewerb: „Wir dürfen die Errungenschaften, die wir erreicht haben, nicht zunichte machen, indem wir unser bestehendes Sozialmodell aufgeben.“

Arbeitsausfälle sind kein Schicksal

Ein weiterer Themenblock galt dem Arbeits- und Gesundheitsschutz. Sichere und gesunde Arbeitsbedingungen sind für William Cockburn, Exekutivdirektor der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA), die unverzichtbare Grundlage für hochwertige Beschäftigung. Trotz eines umfassenden europäischen Rechtsrahmens seien die Herausforderungen weiterhin enorm: Täglich kämen in Europa zehn Beschäftigte bei Arbeitsunfällen ums Leben, hinzu kämen rund 600 Todesfälle infolge arbeitsbedingter Erkrankungen – ein deutliches Zeichen für strukturelle Defizite in der Prävention.

Cockburn ging auch auf die wirtschaftlichen Folgen mangelnder Prävention ein. Vor allem psychische und muskuläre Erkrankungen zählten zu den häufigsten Ursachen für krankheitsbedingte Ausfälle und verschärften den bereits bestehenden Fachkräftemangel. Angesichts der demografischen Entwicklung werde Europa innerhalb der kommenden zehn Jahre rund zehn Millionen Erwerbstätige verlieren. Umso wichtiger sei es, die Beschäftigten gesund und arbeitsfähig zu halten, so Cockburn. Eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung wirksamer Präventionsmaßnahmen komme den Arbeitnehmervertretern zu.

In den anschließenden Workshops standen neben dem Arbeits- und Gesundheitsschutz die Auswirkungen des algorithmischen Managements und der künstlichen Intelligenz auf die Arbeitswelt im Fokus. Praxisbeispiele aus den Bereichen Pflege, Kommunalsektor und Logistik veranschaulichten, dass hochwertige Arbeitsplätze unabhängig von der jeweiligen Tätigkeit möglich sind – vorausgesetzt Arbeitsorganisation, Arbeits-



abläufe sowie Aus- und Weiterbildungsangebote werden kontinuierlich an die neuen Anforderungen angepasst. Breite Zustimmung fand die Einschätzung, dass Investitionen in Prävention kein reiner Kostenfaktor sind: Sichere und gesundheitsgerechte Arbeitsplätze kommen nicht nur den Beschäftigten zugute, sie stärken auch die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

Große Aufmerksamkeit galt den Chancen und Risiken künstlicher Intelligenz. Neue Technologien könnten beispielsweise dazu beitragen, Arbeitsunfälle zu vermeiden, körperlich belastende Tätigkeiten zu erleichtern oder Pflegekräfte zu unterstützen. Gefordert wurden klare Zuständigkeiten, eine frühzeitige Einbindung der Arbeitnehmervertreter und ein KI-Einsatz, der den Menschen ins Zentrum stellt.

Nicht minder wichtig ist die psychische Gesundheit am Arbeitsplatz. Aktuelle Erhebungen zeigen, dass sich nahezu die Hälfte aller Beschäftigten nicht traut, offen mit Vorgesetzten über psychische Belastungen zu sprechen. Damit rückt die Frage in den Vordergrund, wie Unternehmen eine Kultur schaffen können, in der die mentale Gesundheit kein Tabu bleibt: Neben gesetzlichen Vorgaben und einer offenen Unternehmenskultur ist eine gezielte Sensibilisierung für psychosoziale Risiken erforderlich.

Wettbewerbsfähigkeit neu denken

Einen weiteren inhaltlichen Höhepunkt der CESI Summer Days bildete die Expertenrunde zum Draghi-Bericht als Impulsgeber für den europäischen „Quality Jobs Act“. Der im vergangenen Jahr vorgestellte Bericht des ehemaligen Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, gilt als eine der wichtigsten wirtschaftspolitischen Leitlinien der Europäischen Union. Im Zentrum der Debatte stand die Frage, wie sich Europas Wettbewerbsfähigkeit stärken lässt, ohne jedoch soziale Standards zu gefährden.

Weitgehend einig waren sich die Diskussteilnehmer, dass Europa seine Innovationskraft und Produktivität weiter steigern muss. Über den Weg dorthin gingen die Meinungen allerdings auseinander. Während ein Teil der Diskussteilnehmer insbesondere auf Deregulierung setzte, plädierten andere für Investitionen in gute Arbeitsbedingungen, Qualifizierung und soziale Sicherheit als Grundlage langfristiger wirtschaftlicher Stärke.

Kontrovers verlief auch die Debatte über Bürokratieabbau und Regulierung. Einerseits wurde darauf hingewiesen, dass Unternehmen bereits erhebliche Mittel investiert und teilweise ganze Teams von Rechtsanwälten mit der Umsetzung europäischer Vorgaben beauftragt haben. Ständig wechselnde Rahmenbedingungen würden langfristige Investitionsentscheidungen erschweren.

Andererseits wurde gefordert, Unternehmen von übermäßigen Berichtspflichten zu entlasten und die frei werdenden Ressourcen verstärkt in Innovation, Digitalisierung und Fachkräfteentwicklung zu investieren. In diesem Zusammenhang wurde eine während der dänischen EU-Ratspräsidentschaft erstellte Studie angeführt, wonach der Aufwand für die in der laufenden EU-Legislaturperiode geplanten Dokumentationspflichten um rund 70 Milliarden Euro steigen könnten.

Vorsprung durch Qualifizierung

Große Bedeutung maßen die Teilnehmer dem Zusammenhang zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität bei. Bezahlbarer Wohnraum, eine verlässliche Kinderbetreuung sowie eine leistungsfähige öffentliche Infrastruktur wurden als wesentliche Voraussetzungen genannt, um Fachkräfte zu gewinnen und dauerhaft zu halten. Hohe Wohnkosten oder fehlende Betreuungsangebote würden

die Gesundheit, die Motivation, und die Produktivität der Beschäftigten gefährden.

Im Anschluss daran stand die praktische Gestaltung des wirtschaftlichen und industriellen Wandels im Mittelpunkt weiterer Workshops. Besonders hervorgehoben wurde die enge Wechselwirkung zwischen der Privatwirtschaft und dem öffentlichen Sektor. Wettbewerbsfähige Unternehmen seien auf leistungsfähige öffentliche Dienstleistungen angewiesen. Bildung, Gesundheitsversorgung und moderne Infrastrukturen stellten grundlegende Voraussetzungen für hochwertige Arbeitsplätze und nachhaltiges Wachstum dar.

Umgekehrt brauche ein starker Staat eine innovative und erfolgreiche Wirtschaft, die Beschäftigung, Investitionen und gesellschaftlichen Wohlstand gewährleistet. Am Beispiel der Automobilindustrie wurde deutlich, dass industrielle Wertschöpfung weit über die eigentlichen Produktionsstandorte hinausreicht und ganze regionale Wirtschafts- und Versorgungsstrukturen trägt.

Die Teilnehmer beschäftigten sich zudem intensiv mit den Auswirkungen des digitalen und ökologischen Wandels auf den Arbeitsmarkt. Qualifizierungsmaßnahmen müssen künftig deutlich früher ansetzen, lautete eine Schlussfolgerung. Beschäftigte sollten ihre Kompetenzen kontinuierlich weiterentwickeln können, anstatt erst nach einem Arbeitsplatzverlust umgeschult zu werden. Voraussetzung hierfür sei eine enge Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Sozialpartnern, Bildungseinrichtungen und öffentlichen Arbeitsverwaltungen sowie ein konstruktiver Sozialdialog, der den Wandel aktiv begleitet.

Stabilität statt Prekarität

Welche Erwartungen knüpfen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den künftigen „Quality Jobs Act“? Dieser Frage widmeten sich Vertreter verschiedener Gewerkschaften in einer weiteren Diskussionsrunde. Besonderes Augenmerk galt dabei der jungen Generation.

Für Antonello Pietrangeli, Vertreter der CESI Youth, beginnt Arbeitsplatzqualität mit Stabilität und verlässlichen Zukunftsperspektiven. Wer sich von einem befristeten Arbeitsvertrag zum nächsten hangeln und alle sechs Monate den Arbeitsplatz wechseln müsse, könne sein Leben nicht planen. Die anhaltende Unsicherheit führe bei vielen jungen Beschäftigten zu Motivationsverlust und psychischen Belastungen bis hin zu Depressionen. Gerade deshalb müsse die Bekämpfung prekärer Beschäftigung eine zentrale Priorität des „Quality Jobs Act“ sein.



Ein weiteres Anliegen Pietrangelis war die Anerkennung erworbener Qualifikationen bei einem Arbeitsplatzwechsel. Beschäftigte dürften nicht immer wieder bei null anfangen müssen. Mit Blick auf die zunehmende Verbreitung künstlicher Intelligenz warnte Pietrangeli vor wachsendem Leistungsdruck. Oberste Priorität müsse es sein, junge Menschen gezielt auf den digitalen Wandel vorzubereiten und ihnen jene Kompetenzen zu vermitteln, die für den verantwortungsvollen Umgang mit künstlicher Intelligenz erforderlich sind.

Als besonders herausfordernd wurden zudem die Entwicklungen im Gesundheits- und Bildungswesen beschrieben. Im Gesundheitsbereich warnten die Gewerkschaftsvertreter davor, dem Personalmangel mit geringeren Qualifikationsanforderungen oder verkürzten Ausbildungswegen begegnen zu wollen. Vielmehr seien eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben sowie wirksame Maßnahmen gegen psychosoziale Belastungen notwendig, um qualifizierte Fachkräfte dauerhaft im Beruf zu halten.

Ähnliche Probleme treten vielerorts auch im Bildungswesen auf. Niedrige Gehälter, befristete Arbeitsverträge und eine mangelnde gesellschaftliche Anerkennung stünden einer erfolgreichen Nachwuchsgewinnung entgegen, hieß es. Erschwerend hinzu kämen häufige Wechsel des Schulstandorts und lange Anfahrtswege, die eine verlässliche Lebensplanung zusätzlich beeinträchtigten. Attraktive öffentliche Dienstleistungen setzten ausreichende Investitionen in das Personal voraus, so der Tenor der Diskussion.

Zum Abschluss der CESI Summer Days nahm CESI- und CGFP-Präsident Romain Wolff den zurzeit in Ausarbeitung befindlichen „Quality Jobs Acts“ der EU-Kommission zum Anlass, seine Erwartungen an die künftige Gesetzgebung zu formulie-

ren. Ein qualitativ hochwertiger Arbeitsplatz müsse dem Menschen ein würdiges Leben ermöglichen. Dazu gehörten eine angemessene Entlohnung, gute Arbeitsbedingungen und die gesellschaftliche Anerkennung der geleisteten Arbeit. Am Beispiel der Plattformarbeit werde deutlich, dass diese Voraussetzungen längst nicht überall erfüllt seien.

Umsetzung entscheidet über Erfolg

Hochwertige Arbeitsplätze allein reichen jedoch nicht aus: „Die vorgesehenen Maßnahmen müssen in den Mitgliedstaaten konsequent umgesetzt werden.“ Die Erfahrungen mit der Mindestlohnrichtlinie in Luxemburg hätten gezeigt, wie schwierig dieser Prozess in der Praxis sein könne.

Mit Blick auf die fortschreitende Entwicklung der künstlichen Intelligenz betonte Wolff, dass geklärt werden müsse, wer für die von KI getroffenen Entscheidungen verantwortlich sei. Der gesamte KI-Prozess müsse stets „menschenzentriert“ bleiben. Zugleich sprach sich der Redner für einen echten Sozialdialog aus, bei dem die Sozialpartner nicht nur angehört werden, sondern ihre Stellungnahmen tatsächlich in politische Entscheidungen einfließen. Voraussetzung dafür seien starke Gewerkschaften und eine tragfähige Sozialpartnerschaft.

Die CESI Summer Days haben eindrucksvoll gezeigt, dass hochwertige Arbeitsplätze weit mehr sind als ein sozialpolitisches Leitbild. Sie stellen eine zentrale Voraussetzung für wirtschaftliche Stärke, gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Akzeptanz Europas dar. Der „Quality Jobs Act“ wird seinem Anspruch nur dann gerecht, wenn er die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in Europa substanziell und dauerhaft verbessert.

Max Lemmer



Die CGFP-Delegation: Präsident Romain Wolff und Generalsekretär Steve Heiliger umgeben von Rechtsberaterin Stevie Kosch, Vizepräsident Gilbert Goergen, Rechtsberater Guy Modert, CESI-Schatzmeister Urs Stauffer, CESI-Generalsekretär Klaus Heeger und CGFP-Presseattaché Max Lemmer.



Vom 1. bis 12. Juni 2026

„Materiellen Wohlstand und geistige Freiheit erstreben“

IAO tagte zum 114. Mal in Genf mit CGFP-Beteiligung

Als „ständige Einrichtung zur Förderung des Weltfriedens auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit“ versteht sich die im Jahre 1919 gegründete Internationale Arbeitsorganisation, kurz IAO, auch heute noch. Als dreigliedrige Sondereinrichtung der Vereinten Nationen bringt sie jedes Jahr im Juni Arbeitnehmer-, Arbeitgeber- und Regierungsvertreter in Genf zusammen, um ihrem Gründungsauftrag auch weiterhin gerecht zu werden. Ein Kurzinterview mit den beiden CGFP-Vertretern bei der IAO, CGFP-Präsident Romain Wolff und dem Ersten CGFP-Vizepräsidenten Claude Heiser.

Herr Wolff, Herr Heiser, seit vielen Jahren schon vertreten Sie die CGFP bei der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf. Bevor wir auf die Herausforderungen der diesjährigen Ausgabe eingehen, möchten wir den Blick kurz zurückrichten. Aufgenommen hat die IAO ihre Tätigkeit im Jahre 1919 im Zuge der Friedenskonferenz von Versailles...

Claude Heiser: Genau. Und zwar mit der Zielsetzung, den Weltfrieden auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit dauerhaft zu sichern.

Romain Wolff: Als ständige Einrichtung des Völkerbundes hat sich die IAO von Anfang an diesem Auftrag verschrieben. Im Versailler Vertrag hieß es hierzu, der Weltfrieden könne auf Dauer nur auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden.

Anlässlich der 100-Jahr-Feier der IAO im Jahr 2019 erklärte der damalige Generaldirektor der IAO, Guy Ryder, die Internationale Arbeitsorganisation sei in einer Zeit des Aufruhrs, des raschen sozialen und technologischen Wandels entstanden – in einer Welt, die um den Wiederaufbau kämpfte, um sich von den Verwüstungen des Ersten Weltkriegs zu erholen...

Romain Wolff: Ja, und er fügte hinzu, dass soziale Gerechtigkeit für einen universellen und dauerhaften Frieden unerlässlich sei. Nur wenn Regierungen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenkämen, öffneten sich Türen, ja, nur dann schreite soziale Gerechtigkeit voran.

Haben diese Worte heute noch Bestand? – auch mit Blick auf die zahlreichen Krisenherde und Kriegsschauplätze, selbst auf dem europäischen Kontinent...

Claude Heiser: Ich denke, wir sollten in erster Linie auf das zurückblicken, was die IAO in all den Jahren bewirkt hat. Als Sondereinrichtung der Vereinten Nationen ist die Internationale Arbeitsorganisation damit beauftragt, soziale Gerechtigkeit sowie Menschen- und Arbeitsrechte zu fördern und gleichsam die internationalen Arbeitsstandards weiterzuentwickeln. Dies schließt etwa auch die Bekämpfung des Menschenhandels mit ein.

Romain Wolff: Dazu erarbeitet sie rechtsverbindliche Übereinkommen, die sogenannten OIT-Konventionen sowie ergänzende Protokolle und nicht verbindliche Empfehlungen für die Mitgliedstaaten.

Claude Heiser: Ähnlich wie bei den EU-Richtlinien sind die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, die OIT-Konventionen in nationales Recht umzusetzen.

Romain Wolff: Nach der Ratifizierung durch die dafür zuständigen Stellen – in Luxemburg ist dies die Abgeordnetenkammer – ergeben sich daraus rechtliche Verpflichtungen, wohingegen Empfehlungen als Orientierungshilfen für die Politik dienen.

Die IAO hat seit dem 14. Dezember 1946 ihren offiziellen Sitz in Genf. Sie gilt somit nicht nur als eine Sondereinrichtung der Vereinten Nationen, sondern ist darüber hinaus die erste Einrichtung dieser Art überhaupt...

Romain Wolff: Als einzige dreigliedrige Organisation der Vereinten Nationen vertritt die IAO somit Regierungsvertreter, Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit dem Ziel – und ich darf zitieren – „internationale Standards festzulegen, Strategien zu entwickeln und Programme zu entwerfen, um menschenwürdige Arbeit

für alle Männer und Frauen in der Welt zu ermöglichen.“

Claude Heiser: Das Motto „Arbeitsplätze fördern, Menschen schützen“ spricht Bände und ist auch heute immer noch Programm. Es fasst den Gründungsauftrag der IAO auf vorbildliche Weise zusammen, der, wie schon erwähnt, darin besteht, sich für soziale Gerechtigkeit einzusetzen, die für einen dauerhaften und universellen Frieden schlicht erforderlich ist.

Romain Wolff: Wie eine gesetzgebende Instanz greift die IAO seit ihrer Gründung Fragen auf, die zuvor innere Angelegenheiten waren und in den Zuständigkeitsbereich der einzelnen Staaten fielen.

Die IAO hat Ihres Erachtens seit ihrer Gründung also nicht an Bedeutung eingebüßt. Oder anders gefragt: Auch im Jahr 2026 besitzt die IAO immer noch eine Daseinsberechtigung...

Claude Heiser: Absolut: Die IAO steht auch im 21. Jahrhundert unverändert für menschenwürdige Arbeitsbedingungen ein, die es allen Arbeitnehmern genau wie den Arbeitgebern und den jeweiligen Regierungen erlauben sollen, gemeinsam an der Schaffung von dauerhaftem Frieden, Wohlstand und Fortschritt teilzuhaben.

Zu den Schwerpunktthemen gehörte in diesem Jahr die Verabschiedung eines neuen Übereinkommens zur menschenwürdigen Arbeit in der Plattformökonomie...

Claude Heiser: In der Tat. Die 114. Internationale Arbeitskonferenz endete am 12. Juni mit der Annahme eines entsprechenden Beschlusspapiers.

Romain Wolff: Das Übereinkommen regelt den verantwortungsvollen Einsatz automatisierter Systeme am Arbeitsplatz, ohne dass dabei die Flexibilität und der innovative Charakter der Plattformwirtschaft verlorengehen dürfen. Es handelt sich im Übrigen um das erste IAO-Übereinkommen, das sich mit den Herausforderungen der Zukunft in der digitalen Wirtschaft befasst.

Claude Heiser: Es verpflichtet die Mitgliedstaaten, ich zitiere, „die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit für Plattformarbeiter zu achten, zu fördern und zu verwirklichen, darunter Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen, die Beseitigung von Zwangs- und Kinderarbeit, Nichtdiskriminierung sowie sichere und gesunde Arbeitsbedingungen.“

Es gab aber auch noch andere Schwerpunktthemen...

Romain Wolff: Genau. Die Gleichstellung der Geschlechter in der Arbeitswelt etwa entwickelte sich während der 114. Sitzung der Internationalen Arbeitskonferenz zu einem der zentralen Themen. Als „Moment der Entscheidung“ wurde die Nutzung künstlicher Intelligenz zugunsten von menschenwürdiger Arbeit gewertet. Betreffend den Sozialdialog setzte sich die entsprechende Kommission in erster Linie mit der diesbezüglichen Studie unter dem Titel: „L'emploi et le travail décent pour la paix et la résilience“ auseinander.

Die Grundprinzipien und Aufgabenbereiche der IAO wurden bereits im Jahre 1944 in der sogenannten „Erklärung von Philadelphia“ erneuert und erweitert...

Claude Heiser: ... und diese haben auch heute noch immer Bestand. Ganz im Sinne des Gleichheitsprinzips hieß es bereits in dieser Erklärung, alle Menschen hätten das Recht, materiellen Wohlstand und geistige Freiheit in Würde, in wirtschaftlicher Sicherheit und unter gleich günstigen Bedingungen zu erstreben, unabhängig von ihrer Ethnie, ihrem Glauben und ihrem Geschlecht.

Romain Wolff: Immer noch werden international anerkannte Sozialstandards vielfach missachtet und Arbeitnehmerrechte weltweit mit Füßen getreten. Und genau deswegen sind die in Genf getroffenen Entscheidungen ja auch von so großer Bedeutung. „Sie legen den Grundstein zur Gestaltung der Arbeitswelt von morgen“, wie einst ein Arbeitnehmervertreter überzeugend anmerkte.

s.h.



Le Comité stratégique : entre recherche de consensus et nécessité d'agir

Nous savons depuis plusieurs années que l'assurance maladie-maternité luxembourgeoise (AMM) est confrontée à une évolution préoccupante. Les dépenses progressent sous l'effet du vieillissement de la population, des innovations thérapeutiques, de l'augmentation des maladies chroniques et de l'amélioration de l'accès aux soins.

Dans le même temps, les perspectives économiques sont devenues moins favorables. Le ralentissement attendu de la croissance économique et de l'emploi pèse sur l'évolution des recettes de cotisations. Cette combinaison explique que les dépenses augmentent désormais plus vite que les recettes et que les réserves de l'AMM suivent une trajectoire descendante.

Les projections présentées lors des dernières réunions du Comité quadripartite ont confirmé que le problème n'était plus uniquement conjoncturel mais structurel. À défaut de mesures correctrices, les réserves de l'assurance maladie risquent de s'éroder jusqu'à franchir le seuil légal dès l'année prochaine. Nous sommes face à une équation financière de plus en plus complexe et la question n'est donc plus de savoir s'il faut agir, mais comment préserver un système solidaire sans en compromettre la qualité.

La naissance du Comité stratégique

C'est dans ce contexte, et à la suite du Comité quadripartite d'octobre 2025, qu'est né le Comité stratégique, chargé de préparer des propositions de redressement. L'objectif annoncé était ambitieux : identifier environ 140 millions d'euros de mesures, dont près de 100 millions susceptibles d'être intégrés au budget 2027.

Le Comité réunit les administrations concernées, la Caisse nationale de santé (CNS), les partenaires sociaux ainsi que les représentants des médecins, pharmaciens, laboratoires, hôpitaux et autres prestataires. Néanmoins, contrairement à ce que son nom pourrait laisser croire, le Comité n'est pas un organe décisionnel. Sa mission consiste à coordonner les groupes thématiques, suivre leur avancement et préparer les propositions destinées au Comité quadripartite.

Des groupes de travail qui produisent des résultats

Concrètement, cinq grands groupes thématiques ont été constitués afin d'examiner la maîtrise médicalisée des dépenses, les médicaments, le secteur hospitalier, la lutte contre les abus et la fraude ainsi que d'autres leviers d'efficacité. Très rapidement, les réunions ont permis d'identifier de nombreuses pistes d'action : amélioration des prescriptions, développement de la prescription en dénomination commune internationale (DCI) (prescription par le nom du principe

actif), repères pour certaines prescriptions de kinésithérapie, optimisation des analyses de biologie, réflexion sur des contributions de l'industrie pharmaceutique ou encore amélioration de l'organisation hospitalière.

La progression des travaux est révélatrice. En janvier 2026, après une vingtaine de réunions organisées au sein de dix-sept sous-groupes, les coordinateurs soulignaient qu'il était encore prématuré d'affirmer que les 140 millions d'euros d'économies seraient atteints. Deux mois plus tard, les groupes avaient identifié environ 107 millions d'euros de mesures potentielles. En avril, cette estimation était ramenée à 95 millions d'euros, principalement parce que certaines hypothèses avaient été revues à la lumière des discussions techniques.

Le consensus à ses limites

Les réunions ont mis en évidence une réalité que connaissent toutes les grandes réformes publiques. Chaque organisation participe au Comité avec la responsabilité de défendre le secteur qu'elle représente. Il serait donc illusoire d'imaginer que ces intérêts disparaissent autour de la table de discussion. Les échanges ont parfois révélé une tendance bien connue : chacun reconnaît volontiers la nécessité de réaliser des économies, mais les mesures sont souvent perçues comme plus acceptables lorsqu'elles concernent les autres.

En résumé, les économies paraissent plus faciles à réaliser...chez les autres. En effet, les représentants ont souvent consacré beaucoup d'énergie à expliquer pourquoi certaines mesures qui seraient indéniablement efficaces (telles qu'un gel temporaire de la prime « qualité des hôpitaux » ou des valeurs lettre-clé, base de rémunération des prestataires de soins) étaient difficilement applicables dans leur domaine. Cette attitude n'a rien d'exceptionnel, mais elle prouve néanmoins que la concertation trouve naturellement ses limites lorsque les intérêts sectoriels deviennent divergents.

Le précédent du Gesondheitsdësch

Le Luxembourg n'en est pas à sa première démarche de concertation dans le domaine de la santé. Souvenons-nous qu'il y a quelques années, le Gesondheitsdësch avait déjà réuni les principaux acteurs autour de sujets tels que le virage ambulatoire, la démographie des professions de santé, la prévention ou encore le financement du système de santé. Plusieurs idées ont ensuite inspiré des réformes, tandis que d'autres sont restées sans suite. Ce précédent rappelle qu'un effort de concertation ne garantit pas automatiquement une mise en œuvre rapide des recommandations.

D'ailleurs, la situation financière de l'assurance maladie-maternité n'a fait que

continuer à se dégrader entretemps pour en arriver au point où nous en sommes aujourd'hui. Preuve que lorsqu'il est question de mettre la main au portefeuille pour contribuer au bien commun, il est difficile – voire impossible ? – de trouver un consensus.

De la concertation à la décision

Le Comité stratégique doit donc être évalué au regard de sa mission réelle. Il n'a pas vocation à décider, mais à documenter les choix publics, tester des propositions et rapprocher les positions lorsque cela est possible. Sous cet angle, le bilan intermédiaire apparaît positif : les débats ont permis d'affiner plusieurs mesures, d'en abandonner d'autres lorsqu'elles étaient insuffisamment fondées et de construire un socle de propositions plus robuste et concret.

Les diagnostics existent, les chiffres sont connus et les principales pistes d'action ont été identifiées. Il appartient désormais au gouvernement et aux organes compétents de transformer ces propositions en décisions. Reporter indéfiniment les arbitrages au nom d'une recherche permanente du consensus ferait courir le risque de voir la situation financière continuer à se dégrader.

Des mesures plus ambitieuses s'imposent

Le Comité stratégique est clairement une réponse à une crise aiguë, une position défensive face à une situation jugée insoutenable. Ne serait-il pas temps de passer à l'offensive en repensant le financement du système de santé, exercice que s'était proposé de faire le Gesondheitsdësch, sans succès ?

L'imposition à la source de l'extraction des richesses (ex. fonds d'investissements,

GAFA, etc.), ou encore introduire des taxes ciblées dans les secteurs polluants et déléteurs causant l'essentiel des maladies environnementales (industrie fossile, pesticides, aliments transformés sucrés, etc.), sont quelques pistes déjà évoquées par le passé parmi bien d'autres possibles.

Il convient également de s'interroger sur la liste des dépenses encore couvertes par l'assurance maladie-maternité, mais qui ne lui sont pas imputables : investissements hospitaliers, dépenses de l'Agence eSanté, prestations liées au reclassement professionnel, pour n'en citer que quelques-uns (voir article dans le numéro 285 pour plus de détails).

Conclusion

Le Comité stratégique constitue un exercice de concertation des plus ambitieux dans le domaine de la santé au Luxembourg. Il a démontré qu'il était possible de réunir des acteurs aux intérêts souvent divergents autour d'un objectif commun. Il a également montré que la qualité du dialogue ne suffit pas à elle seule à produire des réformes.

Son véritable succès ne sera pas mesuré au nombre de réunions organisées ni au volume des rapports rédigés, mais à la capacité des décideurs de transformer un consensus imparfait en politiques publiques concrètes.

Les propositions d'économies et d'optimisation du Comité stratégique ne doivent pas être l'unique réponse à la crise financière actuelle. On ne met pas un sparadrap sur une plaie béante. Sans mesures concrètes pour repenser le financement du système de santé, ce comité n'aura été qu'un exercice de plus pour faire gagner du temps et donner l'illusion de faire avancer les choses.

Béliza Mendes



EINKÜNFTE AUS VERMIETUNG (TEIL 4)

REVENUS DE LOCATION

■ BEISPIEL IM FORMULAR 190/210 – STEUERJAHR 2025

Herr A und sein Bruder B erben am 1. März 2025 ein vermietetes Appartement sowie ein Baugrundstück von ihrer verstorbenen Mutter. Der Wert des Appartements wird am Todestag auf 800.000 € geschätzt, der des Baulands auf 400.000 €. Durch Teilungsakt (partage successoral) erhält A das Appartement, B das Bauland und zusätzlich eine Ausgleichszahlung (soulte) seitens A von 200.000 €.

Das Appartement, gelegen in Echternach, 18, rue des muguets, wurde 1980 fertiggestellt und von den Eltern am 30. Juli 1990 zu einem Preis von insgesamt 75.000 € erworben.

Mieteinnahmen ab März 2025: monatlich 1.250 €, zusätzlich Vorauszahlungen des Mieters für Unkosten von 250 € monatlich. A erstellt am Jahresende eine detaillierte Abrechnung der Unkosten mit dem Mieter.

Werbungskosten:

- Reparatur der Eingangstür zum Appartement (20.3.2025): 1.500 €
- Reparatur des Rollladenmotors (12.10.2025): 1.200 €
- Malerarbeiten im Badezimmer (15. Mai 2025): 1.800 €
- Behebung eines Wasserschadens im Keller (18.07.2025): 800 €
- Fonds de travaux obligatoire: 200 €
- Grundsteuer (10.10.2025): 50 €
- Anteil der an den Besitzer fallenden Unkosten laut Jahresabschluss Syndic: 1.200 €, davon ab März 2025, 10/12: 1.000 €
- Hausverwaltungskosten: 360 €, davon, ab März 2025, 10/12: 300 €

AUFSTELLUNG DER NETTOEINKUNFT
DES MIETOBJEKTS IM FORMULAR 190/210
ALLGEMEINE ANGABEN

Der Schätzwert bei der Vererbung bleibt außer Betracht, nur der ursprüngliche Anschaffungspreis der Eltern im Jahr 1990 ist von

Bedeutung. Auch die an A gezahlte Ausgleichszahlung von 200.000 € erhöht nicht den Anschaffungspreis für A. Sollte A einen Kredit zur Begleichung der 200.000 € aufgenommen haben, bleiben die dazugehörigen Schuldzinsen für die Einkünfte aus der Vermietung außer Betracht! Sie dürfen lediglich begrenzt als Sonderausgaben abgezogen werden.

Regel: Der Wert des Baugrundstücks wird mit 20 % des Gesamtanschaffungspreises herausgerechnet, da beim Erwerb durch die Eltern kein separater Preis für das Bauland gezahlt wurde.

■ DIE EINNAHMEN

Bei Miete und Kostenzahlungen ohne jährliche Kostenabrechnung ist der Gesamtbetrag als Einnahme zu behandeln.

Bei Kostenabrechnung mit dem Mieter gilt folgende Regel:

Die Vorauszahlungen des Mieters an den Besitzer dürfen im Prinzip steuerneutral behandelt werden, d.h. sie erscheinen nicht in den Einnahmen. Diese Vorgehensweise ist allerdings fakultativ und führt nur dann zu einem einwandfreien Resultat, wenn der Mieter die Vorauszahlungen auch leistet. In Fällen, in denen der Eigentümer erfolglos auf diese Zahlungen wartet, und sie ausbleiben, werden etwaige Teilzahlungen des Mieters in Kästchen 222 als Einnahmen angesetzt, wohingegen die Gesamtzahlungen des Besitzers an die Hausverwaltung (gérance) abzugsfähige Werbungskosten darstellen.

■ DIE WERBUNGSKOSTEN

Im Fallbeispiel ergäbe der Pauschalabzug lediglich 2.700 € (=absoluter Maximalbetrag), wohingegen der Abzug der effektiven Werbungskosten hier deutlich vorteilhafter ist (7.500 €).

Immeuble donné en location

Adresse		
Numéro - rue - étage(s)	18 ¹⁰⁰	rue des Muguets ¹⁰¹ ¹⁰²
Code postal - localité - pays	¹⁰³	Echternach ¹⁰⁴ ¹⁰⁵

Données relatives à l'immeuble loué et quotes-parts dans les revenus

Référence cadastrale ou numéro d'enregistrement de l'acte notarié	¹⁰⁶		
Achévé au	01/01/1980 ¹⁰⁷	Acheté le	30/07/1990 ¹⁰⁸
		Vendu le	¹⁰⁹
Immeuble grevé d'un usufruit	oui ☐ non ☒ ¹¹⁰		
Date de la première mise en location	01/03/2025 ¹¹¹	Quote-part cédée à titre gratuit	¹¹² %

= Base d'amortissement à retenir	²⁰⁸
Le prix du terrain n'est pas à prendre en compte dans la base d'amortissement	
b) si acquisition d'un immeuble achevé	
Prix immeuble	75.000,00 ²⁰⁹
Frais d'acte notarié	²¹⁰
prix d'acquisition global =	75.000,00 ²¹¹
dont Terrain *	15.000,00 ²¹²
Construction *	60.000,00 ²¹³
- Remboursement TVA	²¹⁴
+ Dépenses d'investissement	²¹⁵
= Base d'amortissement à retenir	60.000,00 ²¹⁶

* Par mesure de simplification, il est permis d'évaluer la quote-part du terrain à 20% du prix d'acquisition global, à moins que cette évaluation ne corresponde plus à la réalité économique (situation géographique du terrain, évolution des prix des terrains constructibles, etc.).

Recettes de location

En cas de changement de locataire en cours d'année, prière de joindre le contrat de bail.

Nombre de mois de mise en location en 2025	10	217
Loyers (sans charges) perçus en 2025	12.500,00	218

Frais d'obtention de l'année 2025 (non remboursés par le locataire)

Pour les dépenses se rapportant à tout l'immeuble, indiquez la quote-part relative à la partie louée.
Pour les dépenses se rapportant à toute la partie louée, indiquez une quote-part de 100%.

A. Frais d'entretien et de réparation déductibles en 2025

Nom et adresse de l'entrepreneur, de l'artisan ou du fournisseur	Nature des travaux	Date du paiement	Montant global	Quote-part louée (%)	Montant relatif à la partie louée
Portas	porte d'entrée	20/03/2025	1.500,00	100	1.500,00
Volatis	volets moteur	12/10/2025	1.200,00	100	1.200,00
Peintix	peinture sdb	15/05/2025	1.800,00	100	1.800,00
Aquadicht	dégâts des eaux	18/07/2025	800,00	100	800,00
Total :					5.300,00

C. Amortissement (veuillez consulter l'annexe "Amortissement M190/210" sur notre site internet sous la rubrique "Formulaires")

Désignation du bien	Taux	Valeur à amortir	Amortissement global	Quote-part louée (%)	Amortissement relatif à la partie louée
Construction (12 mois)	2	60.000,00	1.200,00		
10 mois			1.000,00	100	1.000,00
Total :					1.000,00

* Dans le cas d'un bien amortissable à différents taux d'amortissement selon le propriétaire, veuillez également indiquer le propriétaire dans la colonne "Désignation du bien" pour la part qui lui appartient.

D. Frais d'obtention non remboursés par le locataire

par exemple: assurances, électricité, chauffage, eau, frais recouvrement loyer, cotisations au fonds de travaux obligatoire et à tout autre fonds de réserve pour travaux

	Montant global	Quote-part louée (%)	Montant relatif à la partie louée	
Fonds de travaux obligatoire	200,00	100	200,00	
Frais du propriétaire suivant le décompte de gérance	1.000,00	100	1.000,00	
Total :				1.200,00

Option pour la déduction forfaitaire des frais d'obtention

modèle 190/210 F année : 2025 page : 4/4

Au lieu de la déduction réelle des frais d'obtention, le contribuable peut opter pour la déduction forfaitaire des frais énumérés dans les rubriques A. à D. fixée à 35% du loyer brut sans pouvoir dépasser 2 700 euros
La déduction forfaitaire ne s'applique qu'aux immeubles bâtis dont l'achèvement de la construction remonte, au premier janvier de l'année d'imposition, à au moins quinze ans accomplis et qui font intégralement partie du patrimoine privé du contribuable.
Le contribuable ayant opté pour la déduction forfaitaire, peut y renoncer et repasser dans la suite à la déduction des frais d'obtention effectifs avec perte toutefois du droit d'opter de nouveau pour la déduction forfaitaire endéans une période de 15 années suivant celle de la renonciation.

Total des frais couvert par le minimum forfaitaire (somme des cases 324, 345, 350, 369, 386)	7.500,00	400
Option pour la déduction forfaitaire des frais d'obtention oui ☐ non ☒		401
Quote-part des frais couverts par le minimum forfaitaire (case 400) ou déduction du forfait	7.500,00	402

F. Autres frais

	Montant global	Quote-part louée (%)	Montant relatif à la partie louée	
Rentes et charges permanentes				
Frais de gérance	300,00	100	300,00	
Impôt foncier, taxe canalisation, taxe d'enlèvement des ordures	50,00	100	50,00	
Total :				350,00
Quote-part des frais non couverts par le minimum forfaitaire (cases 421, 439)				350,00

Revenu net de la location

Total des loyers bruts (case 223)	12.500,00	441
Frais d'obtention (case 402 et case 440)	7.850,00	442
Exemption de 90% des revenus locatifs nets (article 115, no 22a L.I.R.)		443
Revenu net de la location (à reporter au modèle 100, feuille L, cellules 1001 à 1008)	4.650,00	444



Ein weiteres Beispiel kann man beim Scannen dieses QR-Codes, einsehen.



Eigenheiminteressenten

Die eigenen vier Wände sind der Wunsch eines jeden

BHW und **CGFP**

bieten ihnen hierzu die Möglichkeit
und zwar zu sehr attraktiven Bedingungen

Unschlagbares Angebot	für: Wohnungsbau/-kauf Modernisierung Grundstückserwerb	mit: Sofortkredit CGFP-Vorzugsdarlehen Steuervorteilen
------------------------------	---	--

Lassen Sie sich
unverbindlich
beraten!

Bitte ausfüllen und einsenden
oder QR-Code scannen:

OEL/CGFP
Oeuvre CGFP
d'Épargne-Logement
B.P. 595
L-2015 Luxembourg



Baukredit:
Ich bitte um
unverbindliche
Beratung durch einen
CGFP/BHW-Berater

(Name) _____

(Vorname) _____

(Straße, Hausnummer) _____

(Plz. /Wohnort) _____

(Telefon) _____

(Dienstbezeichnung) _____

(Dienststelle) _____

Baufinanzieren

aktuell

Informationen • Meinungen • Tipps

Mitgeteilt von der BHW Bausparkasse und der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement

BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparguthaben Plus

Bauen und Sparen

Die neuen Tarife BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparguthaben Plus sind ideal zum Sparen und Bauen. Sie entscheiden sich für Ihr Ziel, BHW und die Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement ebnen Ihnen den Weg.

Zinsgünstiges Darlehen

BHW Wohnbausparguthaben Plus bietet Ihnen ein zinsgünstiges Darlehen mit Festzinsgarantie über die gesamte Laufzeit. Das heißt, Sie machen sich unabhängig von den Kapriolen des Kapitalmarktes und stellen Ihren Wohnraum vom ersten Tag an auf eine verlässliche Basis.

Sie entscheiden selbst, ob und wann Sie Ihr Baugeld haben möchten.

Das Prinzip ist einfach: Je höher die Tilgung, desto schneller ist das Darlehen verfügbar. Wie hoch das Darlehen ist, ergibt sich aus Ihrem Sparguthaben, der Spardauer und der Tilgungsrate, die Sie bestimmen.

Egal, ob Sie Ihr Darlehen nun früher oder erst später in Anspruch nehmen. Entsprechend Ihren Wünschen haben Sie die Wahl zwischen zwei Darlehenszinsvarianten zu 2,35 % oder sogar zu 1,25 %.

Baugeld schon nach kurzer Zeit

Mit BHW Wohnbausparguthaben Plus kommen Sie ohne festes Mindestsparguthaben zum Baugeld. Für jene, die sofort mit dem Bauen anfangen möchten, gibt es die Möglichkeit, ihren Finanzierungsplan mit Hilfe eines BHW-Sofortkredits aufzustellen. Und als CGFP-Mitglied haben Sie zusätzlich Anspruch auf ein Gewerkschaftsdarlehen zum Vorzugszinssatz.

Staatlich gefördert

Die Einzahlungen auf Ihr Bausparkonto können Sie steuerlich absetzen: jährlich bis zu 672 Euro für jede zum Haushalt zählende Person. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern ergibt das z.B. 2.688 Euro. Seit der Umsetzung der Steuerreform sind weitere Verbesserungen der staatlichen Förderung in Kraft getreten, so zum Beispiel die doppelte Absetzbarkeit der Sparbeiträge für Bausparer bis 40 Jahre. Zudem sind die Zinserträge auf Bausparguthaben von der Quellensteuer befreit (ein CGFP-Erfolg). Das lohnt sich!



Männer-Domäne? Grillen im Freien, aber in der Deluxe-Ausführung

BILD NR. 6715, QUELLE: WWW.BURNOUT.KITCHEN

Draußen schmeckt's besser

Zu Tisch im Grünen! Der Sommer lädt zum Kochen unter freiem Himmel ein. Outdoor-Küchen können sogar mobil sein.

Das Wetter ist perfekt, die Stimmung steigt, die Gäste freuen sich auf einen genussvollen Abend auf der Terrasse. Viele rüsten für solche Anlässe mit einer Outdoor-Küche auf. Sie wollen Speisen draußen so komfortabel wie drinnen zubereiten. Die Angebote dafür reichen von der einfachen Grillstation bis hin zur Vollausstattung mit Spüle, Kühlschrank, Arbeitsflächen und Stauraum für Geschirr, Gläser und Besteck. Kein Gastgeber muss mehr ins Haus laufen, weil wieder etwas fehlt! Praktisch sind mobile Lösungen.

Die bewegliche Küche lässt sich immer dort aufbauen, wo sie gerade benötigt wird. Und nach der Grillsaison rollt man sie zum Überwintern in das Gartenhaus. Kostenpunkt: ab 5.000 Euro aufwärts. Outdoor-Köche sollten beim Kauf auf langlebige, hochwertige Materialien achten. Edelstahl, Aluminium, Hartholz oder Naturstein trotzen jedem Wetter und der UV-Strahlung. „Man kann umweltfreundliche, recycelte Materialien wählen“, sagt Thomas Mau von der BHW Bausparkasse. „Geräte gibt es auch in energieeffizienten Ausführungen.“ Wer das Prinzip der Nachhaltigkeit beherzigt, schont die Umwelt – ohne auf Komfort zu verzichten.

Recycling: Alte Ziegel, neue Chancen

Glas, Metall, Ziegel, Mörtel, Beton oder Holz sind zu kostbar, um auf der Deponie zu landen. Diese Materialien lassen sich gut wiederaufbereiten oder recyceln. Die Wiederverwendung dieses Baumaterials macht den Bau günstiger. Das gilt für den Rückbau, bevor an Ort und Stelle ein Neubau errichtet wird, ebenso wie auch für die Modernisierung eines Altbaus, da Kosten für die Entsorgung entfallen.

Persönliche Note

Modernisierer können mit alten natürlichen Materialien ihrer Kreativität freien Lauf lassen. „Der Einbau einer massiven Tür, alter Sprossenfenster oder von Terrakottaplatten spart nicht nur Geld“, sagt Krzysztof Pompa von der BHW Bausparkasse. „Ein Haus strahlt durch solche Elemente besonderen Charme aus.“ Ziegelsteine sind, sobald die Mörtelreste beseitigt sind, oft ohne weitere Behandlung ver-

wendbar. Es gibt Fachhändler, die sich auf historische Baustoffe spezialisiert haben. Bei einer Instandsetzung können die begehrten Teile über Baustoffbörsen, in Antiquitätenläden oder auf Flohmärkten erworben werden.

Bauen im Kreislauf

Auch bei großen Neubauprojekten wird mittlerweile auf Recyclingverfahren gesetzt, was erheblich zur Reduzierung von CO₂-Emissionen beiträgt. „Die Kreislaufwirtschaft beim Bauen und Modernisieren mindert die Umweltbelastung. Jede Immobilie ist ein wertvolles Rohstofflager, man muss das Potenzial nur heben“, sagt der Experte von BHW. Und die Baubranche lernt dazu: Baustoffe und ganze Gebäude werden heute oft schon so konzipiert, dass sie am Ende ihrer Lebensdauer repariert, wiederverwendet oder recycelt werden können.



Altes Baumaterial ist im Haus oft besser aufgehoben als auf der Deponie.

BILD NR. 6753, QUELLE: GRÖNE. UNTERNEHMENSFAMILIE 2025

Das Land mit dem besten öffentlichen Dienst

Zur Sommerzeit bieten wir unseren Lesern eine etwas leichtere Kost an. Keine komplizierten Argumentationen, sondern eine einfache, recht überzeugende Darlegung von Fakten, die in der luxemburgischen Meinungsbildung und im Sozialdialog Beachtung finden sollten. Kurz zusammengefasst: Offensichtlich verfügt Luxemburg mit großem Abstand über die besten öffentlichen Dienste in der gesamten Europäischen Union.

Wir stellen dazu heute eine internationale, außergewöhnlich aussagekräftige Umfrage vor. Von Meinungsumfragen kann jeder natürlich halten, was er will, und eine solide Portion Skepsis ist oft durchaus angebracht. Denn für den Auftraggeber (und Bezahlter) einer zur Veröffentlichung bestimmten Befragung gibt es viele Möglichkeiten zum Mogeln, von suggestiven Fragen bis hin zur gezielten Auswahl der Befragten.

Wie oft schon haben reale Wahlergebnisse die umfragebasierten Vorhersagen Lügen gestraft. Und zuweilen macht die ganze Fragerei ja von vornherein keinen rechten Sinn. Wer beispielsweise die fachliche Kompetenz von Spitzenpolitikern ermitteln möchte – so wie es Luxemburger „Top-Medien“ mit ihrem „Politbarometer“ zu tun vorgeben – überfordert mit Sicherheit die Kompetenz der breiten Öffentlichkeit, wenn diese als Experten in dieser Angelegenheit betrachtet wird. Dabei geht es eindeutig nicht um ernsthafte Information zum Politikgeschehen, sondern nur um simples, billiges Infotainment zur Steigerung von Einschaltquoten und Abonnementzahlen.

Die Umfrage allerdings, die wir heute zitieren, ist bestens bekannt und vor allem allseits anerkannt. Es handelt sich um das sogenannte „Standard-

Eurobarometer“ der EU-Kommission, das seit über 50 Jahren besteht und zweimal jährlich durchgeführt wird. Dabei werden in jedem EU-Mitgliedstaat zwischen 500 und 1.000 Bürger befragt, derzeit insgesamt rund 25.000 EU-Bürger aus allen Mitgliedstaaten.

Vorrangig geht es darum, festzustellen, wie zufrieden und unzufrieden die Europäer mit den EU-Institutionen und deren Wirken sind sowie die präzisen Erwartungen der Bürger in sehr unterschiedlichen Bereichen zu ermitteln. Dabei wird auch deutlich, wie sich die soziale Lage der Menschen in den einzelnen EU-Ländern unterscheidet und wie stark ihre Meinungen und Wünsche voneinander abweichen.

Wir haben die jüngste Ausgabe durchgeblättert, die rund 300 Seiten mit interessanten Zahlen und Grafiken umfasst, deren Angaben im März und April 2026 ermittelt wurden. So erfährt man zum Beispiel, dass 88 % der Luxemburger mit der Art und Weise, wie die Demokratie hierzulande funktioniert, zufrieden – nur 11 % sind gegenteiliger Ansicht. Im gesamten EU-Durchschnitt liegt die Zufriedenheit hingegen bei nur 60 %, wobei beachtliche 39 % der Befragten ihre politischen Institutionen als unzureichend empfinden. Nur die Schweden, die Dänen und die Finnen sind in dieser Hinsicht noch etwas zufriedener als wir, jedoch nur marginal.

Hochwertige öffentliche Dienstleistungen

Die Angaben, auf die wir uns in den folgenden Erläuterungen stützen, beziehen sich auf die Zufriedenheit der Menschen mit den öffentlichen Dienstleistungen in allen EU-Ländern. Deren Qualität hängt, wie wir wissen, von einem Bündel von Faktoren ab, nämlich von soliden insti-

tutionellen Strukturen, von guten und ausreichenden Infrastrukturen sowie von tüchtigen und motivierten Mitarbeitern. Bei diesen wiederum kommt es sowohl auf Ausbildung, Weiterbildung und Erfahrung als auch auf eine solide Motivation an, die auf einem möglichst günstigen Arbeitsklima beruht. In Luxemburg klappt dies alles offensichtlich deutlich besser als anderswo.

Immer wieder aber stellen die Patronatsvertreter (welche bekanntlich für das Betreiben von Propaganda bezahlt werden) die staatlichen Verwaltungen als eine enorme Last dar, die angeblich allein vom produktiven Privatsektor getragen werde und daher mit allen erdenklichen Mitteln verringert werden müsse.

Da heißt es dann des Öfteren, Luxemburg verfüge über die „am besten bezahlten Beamten der Welt“. Bezüglich dieser Behauptung wollen wir gewiss keinen Streit beginnen. Ja, der öffentliche Dienst in Luxemburg ist angemessen vergütet, genießt solide soziale Vorteile und verfügt über ein vorteilhaftes Statut, vor allem auch mit Blick auf die unparteiische Ausübung seiner Aufgaben. An diesem hohen sozialen Besitzstand, das bezweifelt hierzulande niemand, trägt die CGFP als mächtige Berufsorganisation eindeutig die Hauptverantwortung.

Dass dies aber nun ein Missstand, also ein zu beseitigendes Übel sein sollte, dafür bleiben die aggressiven Lobbyisten den Beweis schuldig. Die Personalkosten sind stets, um es kapitalistisch auszudrücken, in Relation mit der Produktivität der bezahlten Mitarbeiter zu stellen. Und diesbezüglich sind wir in der Lage, heute anhand recht eindeutiger Zahlen nachzuweisen, dass Luxemburgs Staatsdiener, was ihre Leistung angeht, einwandfrei zu den besten der Welt zählen, jedenfalls aber die besten in der Europäischen Union sind. Und Qualität hat bekanntlich ihren Preis.

Zweifelsohne ist die Qualität unserer öffentlichen Dienstleistungen von wesentlicher Bedeutung für die internationale Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Luxemburg, von dem wiederum der dauerhafte Erfolg unserer nationalen Ökonomie und die Absicherung des gesamten sozialen Fortschritts im Land abhängen.

Enorme Differenzen zwischen den EU-Ländern

In der vorhin angesprochenen Umfrage „Standard-Eurobarometer“ wird die Zufriedenheit der EU-Einwohner mit den

in ihrem jeweiligen Land angebotenen öffentlichen Dienstleistungen erfasst. Dabei stellt sich heraus, dass in Luxemburg 49 % der Befragten mit „sehr gut“ und 44 % mit „ziemlich gut“ antworten, sodass insgesamt 93 % recht zufrieden sind.

Diese Bewertung stellt nicht nur ein extrem hohes Ergebnis dar, sondern ist zugleich ein absoluter Rekord. Demgegenüber liegen die Werte in Belgien bei 66 %, in Deutschland bei 57 % und in Frankreich bei 53 %. Noch deutlicher wird der Unterschied durch die Gegenwerte: „ziemlich schlecht“ oder „sehr schlecht“ gaben lediglich 5 % der Luxemburger an, hingegen 33 % in Belgien, 40 % in Deutschland und 43 % in Frankreich. Anders ausgedrückt: Bei unseren drei Nachbarländern existiert eine sechs- bis achtmal größere Gruppe von „stark Unzufriedenen“ als bei uns.

In Europa nimmt Luxemburg sowohl bei der Bewertung „sehr gut“ als auch bei der Gesamtbewertung „sehr gut“ und „ziemlich gut“ die Spitzenposition ein. Im ersten Fall liegen wir mit 49 % sehr deutlich vor den zweitplatzierten Niederlanden (32 %) und Österreich (22 %). Im zweiten Fall ist das Gefälle etwas geringer: 93 % gegenüber 89 % bzw. 76 %.

Die Note „sehr gut“ wird in Belgien von nur 12 % der Befragten vergeben, in Deutschland von 7 % und in Frankreich von 5 %, im Vergleich zu 49 % in Luxemburg. Insgesamt sind die zwischenstaatlichen Unterschiede schon sehr ausgeprägt und liegen keineswegs im Bereich weniger Prozentpunkte, wie sie in Umfragen oftmals als Unsicherheitsmargen gelten.

Nachfolgend eine Liste der bestplatzierten EU-Mitgliedstaaten für die Note „sehr gut“: 1. Luxemburg 49 %, 2. Niederlande 32 %, 3. Österreich 22 %, 4. Dänemark 19 %, 5. Schweden und Malta je 14 %, 7. Belgien und Tschechien jeweils 12 %, bei einem EU-Durchschnitt von 8 %. Für das Gesamturteil „gut“ („sehr gut“ und „ziemlich gut“ zusammengekommen) ergibt sich: 1. Luxemburg 93 %, 2. Niederlande 89 %, 3. Dänemark, Österreich und Tschechien jeweils 76 %, bei einem EU-Durchschnitt von 56 %.

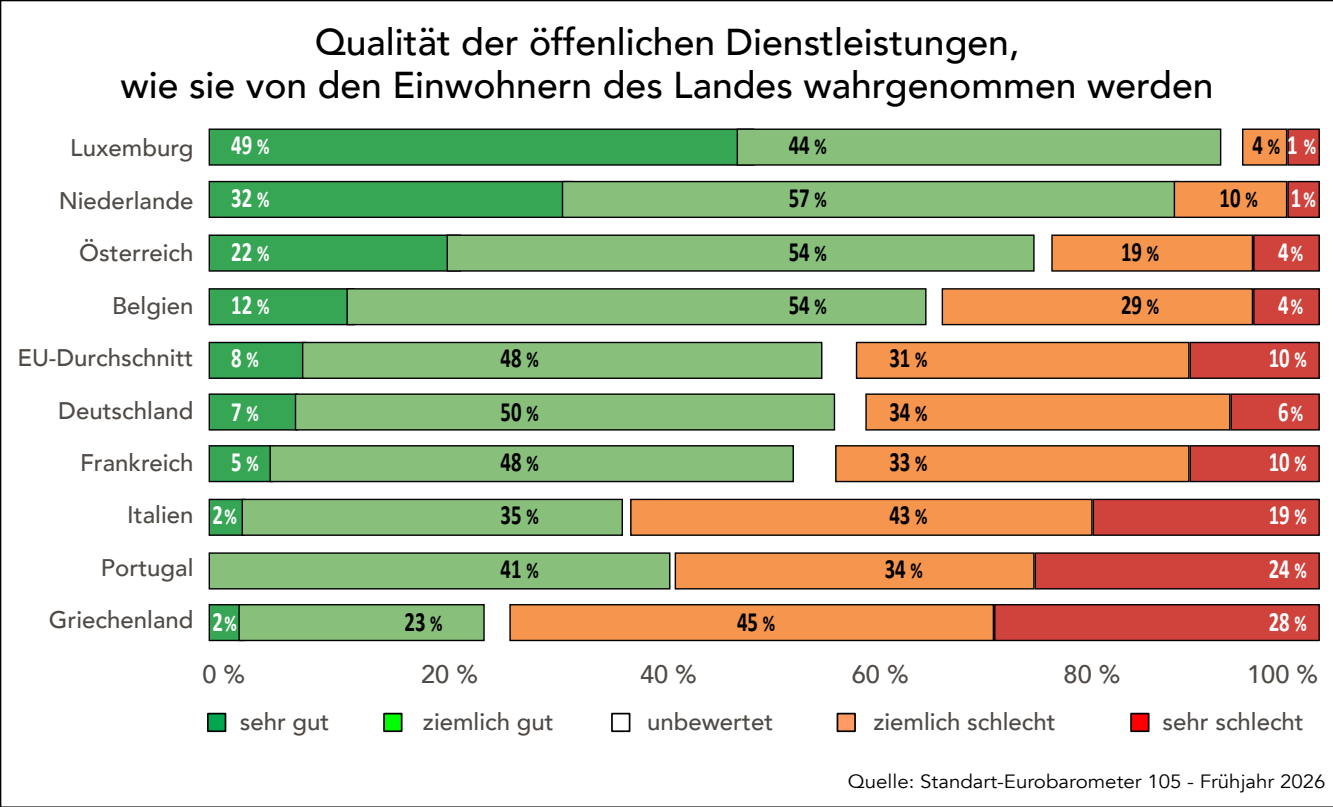
Die beigelegte Zahlentabelle liefert zusätzliche Einzelheiten für Luxemburg, die anderen Gutplatzierten und unsere direkten Nachbarländer sowie für drei am Ende des Rankings platzierte Staaten. Dabei werden alle Bewertungen von „sehr gut“ bis „sehr schlecht“ berücksichtigt.

Während bei uns diese niedrigste Note lediglich von 1 % der Bürger vergeben wurde, lag dieser Anteil in Italien bei 19 %, in Portugal bei 24 % und in Griechenland bei 28 %. Die gemeinsam bewerteten Kategorien „ziemlich schlecht“ und „sehr schlecht“ variieren zwischen 5 % in Luxemburg und 62 % in Italien sowie 73 % in Griechenland. Die unten stehende Grafik gibt dazu eine optische Übersicht.

Unsere gesamte Zusammenstellung verdeutlicht klar, dass die luxemburgische Politik in den vergangenen Jahrzehnten, unter dem stets erfolgreichen Druck der CGFP, offensichtlich die richtigen Akzente in Personalpolitik, staatlichen Strukturen und öffentlichen Investitionen gesetzt hat. Dies war nur dadurch möglich, dass die ständigen Appelle und Warnungen der vielen Sparfanatiker und Interessensvertreter wirksam zurückgewiesen wurden.

Und der immer wieder als Argument angeführte, angeblich unmittelbar bevorstehende Finanzruin des Luxemburger Staates trat nie ein.

Bewertung der öffentlichen Dienste durch die Einwohner des jeweiligen Landes							
	SEHR GUT	ZIEMLICH GUT	UNBEWERTET	ZIEMLICH SCHLECHT	SEHR SCHLECHT	GUT INSGESAMT	SCHLECHT INSGESAMT
Luxemburg	49 %	44 %	2 %	4 %	1 %	93 %	5 %
Niederlande	32 %	57 %	0 %	10 %	1 %	89 %	11 %
Österreich	22 %	54 %	1 %	19 %	4 %	76 %	23 %
Belgien	12 %	54 %	1 %	29 %	4 %	66 %	33 %
EU-Durchschnitt	8 %	48 %	3 %	31 %	10 %	56 %	41 %
Deutschland	7 %	50 %	3 %	34 %	6 %	57 %	40 %
Frankreich	5 %	48 %	4 %	33 %	10 %	53 %	43 %
Italien	2 %	35 %	1 %	43 %	19 %	37 %	62 %
Portugal	0 %	41 %	1 %	34 %	24 %	41 %	58 %
Griechenland	2 %	23 %	2 %	45 %	28 %	25 %	73 %



Das Vertrauen der Luxemburger und der Europäer

Die Umfrage der EU-Kommission liefert noch viele weitere interessante Informationen, von denen wir hier einige anführen wollen.

Dabei geht es um das Vertrauen der Europäer und der Luxemburger in bestimmte Institutionen. So gaben im Frühjahr 55 % der Luxemburger an, Vertrauen in die Europäische Union zu haben, während der durchschnittliche Wert innerhalb der EU bei 51 % lag. Für das NATO-Verteidigungsbündnis betragen die entsprechenden Werte 50 % in Luxemburg und 52 % auf kontinentaler Ebene, für die Vereinten Nationen jeweils 49 %.

In Luxemburg wurde ein außerordentlich hohes Vertrauen in unsere Einrichtungen gemessen, das sich in einer Größenordnung von 80 % bewegt. So betrug das Vertrauen in die Justiz und in die kommunalen Behörden jeweils 79 %, während das Vertrauen in die Armee bei 82 % und in die Polizei sogar bei 86 % lag.

Misstrauen gegenüber diesen Institutionen äußerten in Luxemburg lediglich zwischen 10 % und 17 % der Befragten. Diese Werte liegen damit deutlich unter den EU-Durchschnittszahlen, die zwischen 19 % und 39 % schwanken. Europaweit fielen zudem die positiven Reaktionen deutlich niedriger aus: So vertrauen 58 % der Befragten der Justiz, 63 % den lokalen Behörden, 74 % der Polizei und 77 % der Armee. Insgesamt unterstreichen diese Ergebnisse die günstige Einschätzung der öffentlichen Dienste in Luxemburg.

Ein Vergleich dieser eindeutigen Vertrauensbelege in unsere amtlichen nationalen Institutionen mit der Einstellung der Bevölkerung gegenüber politischen Organen und Orientierungsträgern offenbart dagegen einen Kontrast. Während unsere Regierung noch das Vertrauen von 75 % der Befragten genießt, gilt dies für das Parlament nur noch für 61 %. In beiden Fällen liegt der EU-Durchschnitt bei nur 37 % und damit bei einer klaren Minderheit.



Der Umstand, dass unsere Regierung als Institution das Vertrauen von drei Viertel der Bürger genießt, obwohl viele von ihnen einzelnen politischen Entscheidungen persönlich kritisch gegenüberstehen, kann als eine Anerkennung der demokratischen Grundregel verstanden werden, wonach Mehrheitsentscheidungen auch dann als rechtmäßig anerkannt werden sollen, wenn sie nicht den individuellen Präferenzen entsprechen. Dieser Wert von 75 % korrespondiert zudem mit der im Eingang des Artikels erwähnten 88-prozentigen Zufriedenheit hinsichtlich des Funktionierens der Demokratie in Luxemburg.

Dass dem Parlament hingegen nur zu 61 % Vertrauen entgegengebracht wird, ist schon etwas bedenklicher. Die Ursachen hierfür sind nicht ohne Weiteres zu beurteilen, könnten aber darin liegen, dass es im Hohen Haus häufig zu (partei)politisch polarisiert zugeht, die

Debatten tendenziell propagandistisch und wenig sachbezogen erfolgen oder dass die Diskussionen in einer schwarz-weißen Rhetorik münden, wodurch die Abstimmungen meistens blockmäßig erscheinen.

Die Bürger haben womöglich den Eindruck, dass die Parlamentarier (insbesondere die zwei Mehrheitsfraktionen) die Regierung nicht wirksam kontrollieren, sondern vielmehr als Unterstützungsstruktur fungieren, während die Opposition es nicht schafft, überzeugende Alternativen vorzulegen, die sich parlamentarisch oder außerparlamentarisch durchsetzen könnten.

Stellt sich daher nicht die Frage, ob für schwerwiegende nationale Entscheidungen letztlich allein die Tripartite der Regierung in die Parade fahren kann, um für eine größere gesellschaftliche Ausgewogenheit der Lösungen zu sorgen?

Allerdings ist unbedingt hervorzuheben, dass Regierung und Parlament in Luxemburg eindeutig das Vertrauen einer klaren Mehrheit der Bürger genießen, mit Misstrauensquoten von nur 19 % bzw. 24 %. Im europaweiten Vergleich misstrauen hingegen jeweils 59 % bzw. 58 % der Bürger ihren Regierungen und Parlamenten. Anders ausgedrückt: Bei uns ist die Demokratie nicht gefährdet, vielerorts in Europa aber sehr wohl. Dies stellt einen wesentlichen Pluspunkt für Luxemburg und seine Zukunft dar.

Mit diesen Überlegungen zum Funktionieren des Parlaments und seiner Fraktionen gelangen wir zu den politischen Parteien. Hier ist die Lage doch etwas problematisch. Nur 34 % der Luxemburger bringen den Parteien Vertrauen entgegen, während 62 % ihnen misstrauen. Dass diese Werte für die Europäer im Durchschnitt der verschiedenen Länder bei 25 % Vertrauen bzw. 73 % Misstrauen liegen und somit aus demokratischer Sicht beängstigend sind, kann uns kein Trost sein.

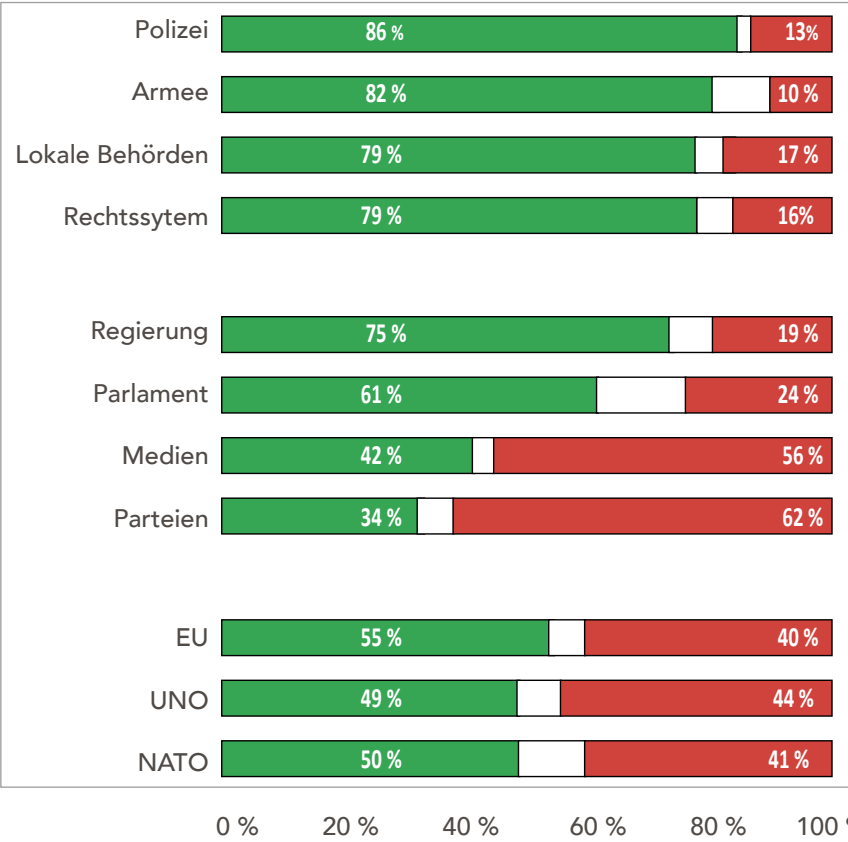
Was nun genau hier im Argen liegt, wollen wir an dieser Stelle nicht weiter vertiefen. Worauf aber hinzuweisen ist, sind die sehr schlechten Bewertungen für die luxemburgische Presse, die nur 42 % Vertrauen und 56 % Misstrauen erreicht. Diese Werte liegen zudem unter dem europäischen Durchschnitt und sind beispielsweise auch schlechter als in Deutschland.

Es stellt sich die Frage, ob die Presse in der innenpolitischen Berichterstattung nicht zu sehr auf Infotainment und „People-News“ über Politiker setzt und dadurch Gefahr läuft, nicht mehr ernst genommen zu werden. Um ihrer Aufklärungsfunktion gerecht zu werden, sollte sie politische Themen stärker einordnen, Hintergründe, Ursachen und Folgen erläutern, anstatt vorwiegend Amüsantes und Pikantes aufzutischen.

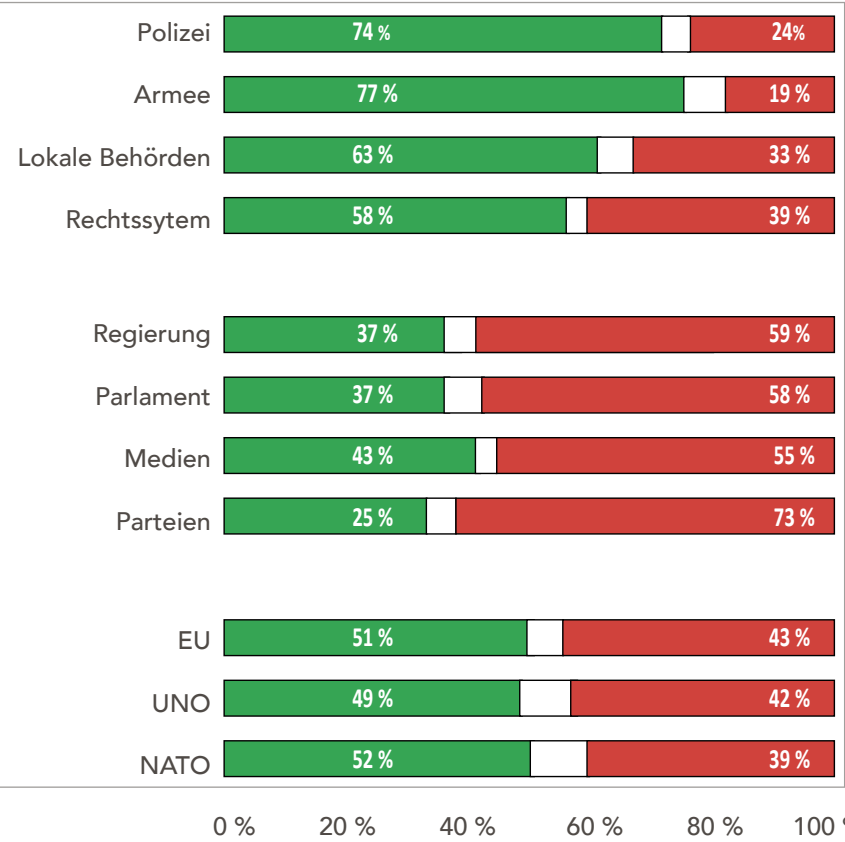
Paul Zimmer

Vertrauen der Bürger in Dienste und Institutionen

Luxemburg



EU-Durchschnitt



Quelle: Standart-Eurobarometer 105 - Frühjahr 2026



Schéi Vakanz!

Täschendéif

-An du waren net nëmme d'Sue fort, mee och de ganze Rescht!

-Du mengs all deng Pabeieren?

-Genee, oder wat een hautdesdaags dorënner versteet: Führerschäin, Carte d'identité, Kreditkaarten, jee dee ganze Plastik deen s d'ebe mat der ronderëm schleefe muss, wann s d'op der Rees bass. Ech hat mer extra sou eng praktesch Handytäsch kaf, wou s de alles beienee kanns maachen. Da kann een op de Portmonni verzichten an et gëtt just eng Bëlz an der Täsch wann s de ouni Paltong oder Posch ënnerwee bass. De Problem war, datt ech dunn awer och keen Telefon méi hat, fir direkt bei Worldline Bescheid ze soen a meng Konten ze blockéieren.

-Dat konnts de jo dunn direkt bei der Police maachen?

-A wouhier, fir d'éischt war ech mol e puer Kilometer per pedes zrëck an den Hotel gelaf, wou meng Fra sech scho gefrot hat, wat mat mir geschitt wier. A vun do aus si mer dunn zesumme mam Taxi an d'Kommissariat gefuer, wou mer quasi de Rescht vun eisem leschte Vakanzendag verplempert haten.

-Ech ka mer virstellen, dass der do net eleng waart.

-Dat sees de gutt! Do war e ganze Wartesall voller Leit, déi genee wéi ech beklaut gi waren. Nodeems mer endlech un d'Rei koumen an ech bis eng halfe Dose Classeure mat Fotoe vun allméigleche Klengkriminellen duerchgekuckt hat, war et schonn däischter dobaussen. Alles wat se mer no bal véier Stonnen an de Grapp gedréckt hunn, war eng Bescheinigung fir d'Assurance an eng

Aart Certificat mat menge Personalien. Mäin Hauptproblem krut ech domadder allerdéngs net geléist. Ech hat nämlech net nëmme keng Carte d'identité méi, eis Park- a Fligertickete waren och um Handy gespäichert.

-O Vreck, a wéi sidd der dann dunn heemkomm?

-Ma den Inspekter hat gemengt mir sollten op d'Ambassade goen, do kéinte mer offiziell Pabeiere fir de Flughafen kréien. De Problem war awer, datt eise Fliger dee Moien drop scho ganz fréi sollt fortléien, sou datt d'Ambassade nach net op wier, an den Dag selwer war et och schonn ze spët.

-Da waart der jo schéi gehäit! Hat der dunn en anere Vol misse buchen?

-Ma neen. Mir haten d'Nues sou voll mat deem ganze Gedeesses, datt mer den Dag drop, wéi virgesinn einfach op de Flughafen gefuer waren. A wéi ech deenen am Check-In a bei der Passkontroll mäin Ziedel vun der Police gewisen hat, do hunn se mech einfach esou duerchgewonk, wéi wann et déi normalste Saach vun der Welt wier, datt ech weder e gültege Pass nach eng Carte d'identité derbäi hat.

-Da kann een sech jo virstelle wéi vill där Fäll se do ze gesi kréien. An deng Konte, waren déi geplëmmt ginn?

-Do hat ech Chance. Wéi ech vum Hotel aus bei Worldline ugeruff hat, konnten déi zwar feststellen, datt an der Tëschenzäit schonn e puer mol probéiert gouf, op verschiddene Bankomater mat menge Kaarte Suen opzehiewen, mee mäi Code war net geknackt ginn. Dat Blöodst bei der ganzer Geschicht war schlussendlech d'Gerenns heiheem fir meng Pabeieren

nees an d'Rei ze kréien. Einfach kriss de d'Saach net gemaach an op der Bank haten se sech opgefouert, wéi wann se mech nach ni gesinn hätten. Naja, op deene Plazen hat ech souwisou nach ni den Androck, datt de Client Kinnek soll sinn.

-Alles an Allem has de jo dann awer nach Gléck am Ongléck, schliisslech hält däi Schued sech nach a Grenzen.

-Do hues de Recht. Wann ech bedenke wéi et aneren Affer ergangen ass.

-Wéi dann, waart der zu méi ënnerwee?

Phishing & Co

-Ma neen, ech denken un déi mi rezent Affaire, wou eng ganz Partie Clienten hir Sue vum Bankkonto geklaut kruten.

-A, du mengs déi Geschicht, wou e Grupp vu Leit sech zesummegehuuet, well d'Bank se mat hirem Problem eleng gelooss hat?

-Ganz genee! Dat muss een sech mol virstellen. Do gëtt et der, déi bestielen dech iwwer verstoppten Dieren am Internet, ouni dass de eppes dovunner matkriss. E falsche Klick mat der Maus a scho bass de deng Sue lass!

-Lo maach awer mol lues, Jemp! Sou séier geet dat och alt net! Wéi s du däin Handy an der Vakanz geklaut kruus, do hat dach bestëmmt net einfach iergend en Onbekannten dech héiflech gefrot, ob s de him vläicht kéints däin Telefon mat all dénge Wäertsachen iwwerloossen. A souguer wann, häss de deem wuel kaum de Gefale gemaach. Bei där anerer Geschicht, do hunn d'Leit awer praktesch genee dat gemaach.

-Wat der Däiwel verziels de mer do? Déi hunn hir Sue bestëmmt och net fräiwëlleg hierginn! Ech fannen, datt een déi zwou Situatiounen duerchaus matenee vergläiche kann. Just datt déi digital Kriminalitéit mech nach eng Nummer méi nervös mécht, well een do ëmmer méi schwéier erausfënnt, ob een et mat enger frauduléiser SMS oder E-Mail ze dinn huet. An der Lescht héiert een dach iwwerall vun esou Tricke, wou probéiert gëtt, der d'Suen aus der Täsch ze zéien. Déi eng Kéier ass et e Message, wou s de gebiede gëss, zousätzlech Taxen ze bezuele fir en imaginäre Pak kënne geschéckt ze kréien, obwuel s d'iwwerhaupt näischt bestallt hues. Eng aner Kéier solls de sou séier wéi méiglech deng perséinlech Bankdonnéeën nei aginn, well d'Sécherheet vun dengem Konto um Spill stéing.

An der leschter Mail vun dëser Zort krut ech matgedeelt, datt mäin Abo automatesch fir déi nächst fënnef Joer verlängert gi wier. Bal siwenhonnert Euro hätten se vu mengem Konto ofgebucht, fir mer d'Déngschtleeschunge vun der Firma bis 2031 ze garantéieren. Natierlech hat ech bis dato nach ni eppes vun dëser komescher Entreprise héieren a selbstverständlech hunn ech och keen Abonnement fir Servicer ugefrot iwwert déi een iwwerengs an dëser Mail absolut näischt gewuer gëtt. De Combel vun der Affaire ass, datt d'Entreprise sech „Équipe Confiance & Protection“ nennt an den Abo „Protection complète Pro“ heescht, méi zynesch geet et nu wierklech net.



Natierlech geet et bei der ganzer Saach just drëms, datt een op e bestëmmte Link klickt oder sech iergendwéi bei deenen Herrschafte mellt an da gëss de richtig ofgezockt. Dogéint sinn déi sëllege Messagë, wou s de matgedeelt kriss, dass de an iergend enger Lotterie gewonnen hues ouni jee en Ticket kaf ze hunn oder déi sympathesch Noriicht, dass e räichen Onbekannten der e klengt Verméige wëll schenke scho bal vereelt an naiv.

Am schlëmmste fannen ech awer déi fake Internetsäiten, wou d'Homepage vun der eegener Bank täuschend echt nogemaach gëtt an dem guttgleewege Client, deen op esou e gefälschte Site geroden ass, den Numm an de Geheimcode erausgelackelt ginn. Do kann een dach als Bank net einfach soen, datt d'Affer vun esou engem Bedruch selwer Schold un hirem Misär sinn an dowéinst och d'Konsequenze vun der Arnaque eleng missten droen.



Moderne Confort ass net gratis!

-Ok, ech kann däi Standpunkt jo verstoen, mee déi sëllege Geforen, déi am Netz dorëmmer laueren, sinn awer nach laang keng Excuse fir allméiglech oniwuerluechten Handlungen oder e flagrante Defizit u Wëssen an Informatioun. Wann ee vun den Avantagen, déi di modern Informatiounstechnologien ubidde, profitéiere wëll, da muss een sech eben och e bëssen domadder ausernee setzen a léieren op eng Partie Saachen opzepassen, amplaz sech einfach nëmmen e sophistiquéierten Handy oder e moderne Computer ze leeschten an drop lass ze klicken. Schliisslech ass et am Beräich vun der digitaler Kommunikatioun net anescht wéi mam moderne Stroosseverkéier. Do geet et och net duer, sech einfach mol en Auto ze kafen an drop lass ze fueren.

-Mäi léiwe Pol, et mierkt ee gutt, dass de selwer vum Fach bass an dech vum Beruff hier besonnesch gutt an deene Beräicher auskenns. Du vergëss awer, datt et der vill gëtt, déi sech an der komplexer Welt vun der moderne Medien zimmlech verluer virkommen. Bei deene klappt däi Verglach mam Trafic op eise Stroossen net, och wann et do déi lescht Zäit nawell richtig wüst ginn ass an déi nei Autoen ëmmer méi Computeren op Rieder gläichen. D'Leit vun deenen ech schwätzen si keng Digital Natives, déi wäerten ni sou easy an der digitaler Welt ronderëm surfen, wéi di Jonk, déi scho quasi mat Smartphone a Laptop op d'Welt koumen. Fir déi ass et wéi wann se no Drësseg ufänke solle mat Schifueren. Selbstverständlech kann een dat och nach an deem Alter léieren, mee esou sécher an agil, wéi d'Jugend, déi dee Sport vu klengem u geléiert huet, ginn se ni.

-D'Accord Jemp dat stellen ech jo och guer net a Fro. Ech fanne just, datt munch een sech d'Saach e bëssen einfach mëscht, wann e behaupt, en hätt mat der digitaler Revolutioun näischt um Hutt an e géif sech vun der Informatik iwwerrannt a verrode fillen. Schliisslech profitéiert, op d'mannst an eise Géigende, jidderee vun der modernen Technologien an dat a praktesch alle Beräicher. Natierlech gëtt et deen een oder aneren Hoke bei der Saach, mee ech fannen, datt d'Medie sech, wéi sou oft, e Strapp ze vill op déi negativ Aspekter konzentréieren. D'Cyberkriminalitéit ass sécher keng harmlos Geschicht an et gëtt jo och op ville Plazen dogéint gefuerscht a Géigemoosnamen ergraff. Et soll ee mat deem ganze Lamentéiers géint de Fortschrëtt awer oppassen, dat een net de Bëbee mat der Bidden ausschëdd. Och déi manner technesch verséiert an eeler Leit genéissen haut e Liewensstandard, deen ouni Computer an Informatik net denkbar wier. Et war schonn ëmmer Moud, sech dem Fortschrëtt vis-a-vis kritesch ze ginn. Wéi d'Eisebunn, d'Autoen a souguer d'Vëloen ugefaang hunn de Päerdskutsche Konkurrenz ze maache,

gouf et vu ville Säite Bedenken, Angscht a Kritik. De breede Publikum war nach ni frou mat grouse Verännerungen a wiert sech oft mat Hänn a mat Féiss géint alles wat Nei an ongewinnt ass. Wann eng originell Erfindung oder en neien Trend den Alldag méi komfortabel maachen, dann dauert et an der Reegel net laang bis dat Neit sech duerchsetzt an dat Aalt vun der Bildfläch verschwënnt.

-Mat allem wat dat mat sech bréngt! Grad beim haitegen Trafic an Transportwiese gesäit ee jo wéi rapid dee sougenannte moderne Fortschrëtt an eng Sakgaass ka féieren. Mat all deem Gesténks a Gestaus op eise Stroossen an der Klimakatastroph, déi mer domadder verursaache, kann een sech froen, ob et dat wierklech wäert ass..

Après nous le déluge?

Weess de Jemp fir mech huet alles seng zwou Säiten. Wa mer eis haut e bessert Liewe geneemegen, andeems mer vun allméiglechem Confort wëlle profitéieren, dann huet dat och säi Präis. Wa jidderee fir alles den Auto hält, am Supermarché all Woch de Käddi bis uewenhinner volltässelt, mindestens dräi mol d'Joer mam Fliger an d'Vakanz flitt a bei gudder Gesondheet op d'mannst honnert Joer al wëll ginn, da kascht dat net nëmme Geld. De Kuch gëtt net méi grouss just well mer eis zu ëmmer méi, méi grouss Stécker dovunner erfroschneiden. Wat mer op der enger Säit ewechhuelen, muss op der anerer Säit dobäigesat ginn, soss ass de Plateau séier eidel.

-Dat erënnert mech un de Sproch vun eisem alen Noper, wann dee vun der Jonke geschwat huet: „Vous les jeunes, vous voulez toujours le beurre, l'argent du beurre et le cul de la crémère!“ An dobäi hat ech gemengt, du wiers den Optimist vun eis zwee. Wat s de do verziels, klenkt jo awer net grad zouversichtlech. Heescht dat, datt mer denger Meenung no den Enn vum Fortschrëtt erreecht hunn an déi roseg Zäiten ee fir alle mol eriwuer sinn?

-Ma neen, ganz am Conträre! Ech ginn dengem Noper zwar ganz recht, aus engem endleche System kann ee bekanntlech net onendlech vill eraushuelen, dat geet mat Sécherheet an d'Box! Mee grad a Krisenzäiten entsti bekanntlech déi beschten Iddien an Initiativen. Anscheinend ass dat eng Eeigenschaft vun der Spezies Homo sapiens: Réischt wann d'Lompen sou richtig ufänke mat sténken, kréie mer eis operappt, fir d'Saach nees an d'Riicht ze bëien.

-Sorry Pol, mee fir mech schwätz de lo grad a Rätsle, wat heescht dat dann elo am Kloertext?

-Ganz einfach: grad well mer a villen Hinsichte just nach e kleng Schrëtt virum Ofgrond stinn, gëtt esou vill un Alternative geschafft wéi nach ni. Kuck mol wat sech beim Energiesektor am Beräich vun den erneierbaren an nohaltege Ressourcen deet! Op de Stroosse gesäit een ëmmer méi elektresch Gefie-



rer, a souguer am Supermarché ginn et neierdengs eng Hellewull u biologesche Liewensmittelen aus nohalteger Produktioun. Och an der Landwirtschaft an am Bauwiese maachen se Efforte, fir méi naturfrëndlech ze schaffen an d'Ëmwelt sou wäit wéi méiglech ze schounen. Wann een dann nach déi enorm Fortschrëtt an der Medezin, den Ingenieur- a Computerwëssenschaft mat abezitt, ass eng Portioun virsichtigen Optimismus, wat d'Zukunft ugeet, a mengen Ae guer net esou verkéiert.

-Du bass also net der Meenung, datt mer eis iwwert déi lescht Generatiounen wéi Zauberlehrlingen opgefouert hunn an dowéinst eng Zort Ketterreaktioun ausgeléist gouf, déi net méi ze stoppen ass? Wann ech an der lescht, besonnesch säit der Covid-Pandemie sou ronderëm mech kucken, dann hunn ech heiansdo d'Impressioun, wéi wa mer all op engem Vulkan dancen, vun deem mer genee wëssen, datt en all Moment an d'Luucht ka goen. Déi sëllege gutt gemengten Initiative, vun deenen s de do ziels,

komme mer all e bësse fir, wéi di faméis „Moutarde après dîner“, gutt gemengt, mee leider ze spéit.

-Natierlech kann een déi allgemeng Situatioun esou gesinn, och wann domadder um Enn kengem wierklech gehollef ass. Den Defaitismus ass bekanntlech keng besonnesch ergiebeg Quell fir Motivatioun an Initiativgeescht. Ech perséinlech fanne jo, datt eng positiv Astellung den A an den O fir Verantwortung an Hoffnung ass, an dovunner kann een an deenen Zäite sécher net ze vill kréien.

-Du kléngs jo bal, wéi wann s de deemnächst eppes Gréisseres wëlls hëss. Gees d'um Enn awer nach an d'Politik oder a wat fir engem Veräi wëlls de dech elo engagéieren?

-A wouhier, fir mech stinn elo mol dräi Woche Vakanz um Programm. Ab muer de moie geet et lass, da checke mer bei der MS-Charly an, fir eng Croisière-all inclusive duerch den Atlantik!

Roger Roth



WERDEN SIE NOCH HEUTE MITGLIED!

CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE
DE LA FONCTION PUBLIQUE

www.cgfp.lu/adhesion

Die CGFP bietet unter anderem eine wirksame Berufsvertretung, kostenlose juristische Beratungen in Beamtenrechtsfragen, kostenlose Auskünfte und Unterstützung in Gehalts-, Pensions-, Krankenkassen- und Steuerangelegenheiten sowie ein umfassendes Dienstleistungsangebot wie z.B. CGFP-Bausparen, CGFP-Versicherungen, Krankenzusatzversicherung und Zusatzpensionsversicherung.



Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire classique et général luxembourgeois

INSCRIPTION ET INFORMATIONS

ACCUEIL TÉLÉPHONIQUE:

mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30,
mercredi: de 14h30 à 16h30,
jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

AFAS 
Association de Formation
et d'Appui scolaires a.s.b.l.

Tél.: 26 77 77 77 – afas@cgfp-services.lu
<https://www.cgfp-services.lu/services/afas>



LUX VOYAGES



KAIRO GANZ PRIVAT – ERLEBEN SIE DAS „PARIS AM NIL“

LUX VOYAGES s.à.r.l.

Entdecken Sie Kairo – die faszinierende Metropole am Nil, in der sich jahrtausendealte Geschichte mit orientalischem Flair verbindet.

Erleben Sie die ägyptische Hauptstadt ganz entspannt auf einer privaten Reise mit persönlichem Reiseführer und Fahrer.

Die Vielfalt Kairos wird Sie begeistern: orientalische Gassen, lebendige Basare, prachtvolle Moscheen, koptische Kirchen, das Ägyptische Museum am Tahrir-Platz sowie das Nationalmuseum der ägyptischen Zivilisation, in dem berühmte königliche Mumien ausgestellt sind.

Bestaunen Sie die weltberühmten Pyramiden von Gizeh und die Sphinx und besuchen Sie das eindrucksvolle Grand Egyptian Museum mit seinen einzigartigen Schätzen und der monumentalen Statue Ramses' II.

Wählen Sie nicht nur Ihre Wunschunterkunft – vom charmanten Boutique-Hotel über komfortable Häuser direkt am Nil bis hin zu luxuriösen 5-Sterne-Hotels mit traumhaftem Blick auf den Fluss oder die Pyramiden – sondern auch kulinarische Genüsse in ausgewählten Restaurants, beispielsweise mit Blick auf den Nil.

Dank unserer lokalen Partneragentur gestalten wir Ihre Reise vollständig individuell nach Ihren Vorstellungen – mit besonderen Besichtigungen, persönlichen Empfehlungen und ausreichend Zeit zum Genießen.

**Reisepreis ab: 2.055 € pro Person
im Doppelzimmer, inklusive**

- Flug
- 5 Übernachtungen im Sofitel Cairo Nile El Gezirah (5-Sterne-Hotel)
- Frühstück
- Private Transfers
- Besichtigungen mit persönlichem Reiseleiter
- 4 Mittagessen mit ausgewählten kulinarischen Erlebnissen

LUX VOYAGES s.à.r.l.
25-A, boulevard Royal ■ L-2449 Luxembourg
Tel.: 47 00 47 - 1 ■ info@luxvoyages.lu

Gerne beraten wir Sie und stellen Ihnen die ausführliche Reisebeschreibung dieser und einer Vielfalt anderer Reisen vor. Wenden Sie sich einfach an Lux Voyages, Ihre CGFP-Reiseagentur.





fonction publique

SPÉCIAL VACANCES

dans notre RÉGION

Le Luxembourg, destination-phare du Slow Tourism

Le Luxembourg est une destination touristique idéale pour les amateurs de loisirs actifs, de shopping, de gastronomie, de culture, de nature ou d'activités familiales. Il se prête aussi parfaitement au Slow Tourism.

Durant toute l'année, la plupart d'entre nous sont pris dans le tourbillon du quotidien. Obligations professionnelles et familiales, déplacements, achats à effectuer... Il ne reste que peu de temps pour faire les choses à son aise et, tout simplement, apprécier le temps qui passe. Autant de raisons qui rendent le Slow Tourism encore plus attrayant.



Une autre manière de voyager

Inspiré du mouvement Slow Food, le Slow Tourism consiste à voyager « autrement ». En prenant son temps. En limitant les déplacements. En partant à la rencontre des habitants. En s'immergeant dans la culture locale. En découvrant la nature environnante. Il se situe aux antipodes

des formules « all inclusive » et des visites guidées hyper-formatées, superficielles et menées chrono en main.

S'engager pour un tourisme durable

Opter pour le Slow Tourism, c'est donner la préférence à un tourisme respectueux (populations locales, environnement, sites touristiques ou culturels...) et durable qui contribue à atténuer les méfaits du tourisme de masse. Promouvant la déconnexion, la redécouverte de territoires de proximité, la rencontre et le partage avec les populations locales, le Slow Tourism incite à privilégier des voyages plus écologiques, à faibles émissions de CO₂, qui respectent le patrimoine et la biodiversité tout en soutenant les économies régionales et en préservant le plaisir des découvertes.

Trois activités incontournables

Le Luxembourg propose de nombreuses idées de lieux et d'activités répondant à la philosophie du Slow Tourism. Entre autres :

- Le Hunnebour légendaire : pour une halte-détente, le Hunnebour, aux portes de Mersch, est parfait. L'étang et l'aire de pique-nique incitent à la relaxation, tout en dévoilant un pan d'Histoire : il se murmure qu'Attila, chef des Huns, aurait fait halte ici au 5^e siècle pour laisser ses chevaux s'abreuver.
- Excursion Slow Adventure à Luxembourg-Ville : prévue sur deux jours, cette escapade propose de partir à la découverte de quelques hauts lieux de la Ville et de ses environs, où l'on explore notamment de pittoresques ruelles, le Mudam, de magnifiques vues panoramiques, etc.
- Le Parcours des Contrebandiers : ce circuit à vélo, en boucle, débute et s'achève à la gare de Kleinbettingen. Durant quatre heures, il invite à franchir les frontières en mode « Slow Cycling » tout en découvrant des paysages superbes et un patrimoine étonnant.

NOUVEAUTÉ DANS LE RÉSEAU DES AUBERGES DE JEUNESSE

LE CAMPING TODLERMILLEN EST SITUÉ AUX BORDS DE LA SÛRE, DANS LES ARDENNES LUXEMBOURGEOISES

Avec ses 120 emplacements, il est le lieu idéal pour tous ceux qui recherchent la nature, le dépaysement et l'aventure.

Village
C'est là qu'on se retrouve, que ce soit à la réception ou au café.

Family Camp
C'est l'endroit idéal pour les voyageurs en tente, caravane, camping-car ou van aménagé.

Evasion Camp
Il s'agit du futur espace dédié aux hébergements insolites (à partir de 2027 seulement).

Youth Camp
C'est l'endroit où les groupes peuvent se retrouver et se rassembler.

Beach
C'est un endroit paisible où l'on peut se rafraîchir à merveille, avec une vue imprenable sur la Sûre.

CAMPING TODLERMILLEN
5, Todlermillen
L-9181 Todler
T. (+352) 26 27 66 750
todlermillen@youthhostels.lu
www.youthhostels.lu/todlermillen

Follow us:

#youthhostelsluxembourg

Ton trajet, notre appli.

CFL



move your way



SPÉCIAL **VACANCES**
dans notre **RÉGION**

fonction
publique

Summervakanz heiheem: An dat fir déi ganz Famill!



Et muss een net ëmmer wäit fort fueren, fir a Vakanzestëmmung ze kommen oder eppes z'erliewen. Grad elo am Summer lount et sech, de gréngen Norde vu Lëtzebuerg z'entdecken. Am Éislek ginn et vill bekannte Platzen, déi ee vläicht vum Numm hir kennt, mee eventuell nach net besicht huet. Elo wier dach de perfekte Moment, fir z.B. een Dagesausflug ze plangen!

D'Natur steet am Éislek am Vierdergrond an et kann ee vu villen Aktivitéiten dobausse profitéieren. Et

ginn eng sëllege familljefrëndlech Wanderweeër, déi oft méi bidden, ewéi just een Tour duerch d'Natur. Ënner anerem kann een zu Helzen um Insektepad, d'Welt vun de klengste Bëschbewunner spille-resch kenne léieren. Ronderëm de Klang dréint sech alles zu Houschentum Klangwanderwee: Während een hei vu Statioun zu Statioun wandert, kritt ee bal net mat, wéi wäit ee scho gaangen ass. Op béiden Tier léiert ee vill Neies bäi, an dat mat enger Portioun Spaass.

Natierlech dierf ee wichtegen Highlight bei engem Besuch an de Norden net feelen: D'Veianer Schloss. Dat meescht besichte Schloss vu Lëtzebuerg beandrockt Grouss a Kleng, duerch seng Architektur, seng Geschicht an d'Lag. Eng besonnesch flott Vue op d'Schloss huet ee vum Sessellift aus. Deen eenzege Sessellift vu ganz Lëtzebuerg start am Dall vu Veianen a bitt herrlech Vuen iwwer dës historesch Stad.

Eng wonnerschéin Naturkuliss bitt den Uewersauer Stauséi. Geleeën am Häerze vum Naturpark Öwersauer dréint sech hei viles ëm d'Themen Natur- a Waasserschutz. Dozou gëtt ee méi während enger Faart um Solarboot, enger Wanderung um Natur Pur? oder während enger guidéierter Visitt bei der SEBES gewuer. Eng gutt Ofkillung während de waarme Summerdeeg bidden nieft dem Stauséi awer och d' Koffergrouf zu Stolzebuerg oder de Schiefermusée zu Uewermaartel.

D'Éislek huet nach viles méi ze bidden, fir ee flotten Dag zesumme mat der Famill ze verbréngen a gemeinsam Erënnerungen ze sammelen.

Weider Inspiratioune fannt Dir op: www.visit-eislek.lu



FAMILLJENERLIEFNESSE AM ÉISLEK

Alpakawanderung,
Heischent



Weider Aktivitéiten
entdecken!

ÉISLEK
Mir sinn uewen



UNE ESCAPADE AU COEUR DE LA NATURE

Au cœur des magnifiques Lacs de Weiswampach, Anatura Hotel & SPA est une destination où nature, bien-être et art de vivre se rencontrent harmonieusement.

Pensé comme un véritable havre de sérénité, l'établissement invite à ralentir le rythme, à se ressourcer dans un cadre naturel préservé et à profiter d'une expérience où le confort, la gastronomie et la détente se conjuguent pour créer des instants inoubliables.

Anatura Hotel - 32 Weilwerdangstroos, L-9980 Weiswampach
www.anatura.lu | reception@anatura.lu | +352 206 001 07

Anatura Hotel & SPA : une nouvelle destination d'exception au cœur des Lacs de Weiswampach

Face aux magnifiques Lacs de Weiswampach, Anatura Hotel & SPA incarne une nouvelle vision de l'hôtellerie haut de gamme au Luxembourg. Véritable refuge de sérénité, l'établissement mêle nature, bien-être, art de vivre et raffinement dans un cadre préservé.

L'hôtel séduit par son architecture contemporaine, parfaitement intégrée au paysage, ainsi que par ses

chambres lumineuses offrant une vue imprenable sur les lacs et la nature environnante. Au Sensa Restaurant, les produits de saison sont valorisés par une cuisine créative et raffinée, mettant à l'honneur les saveurs locales dans une atmosphère chaleureuse.

Anatura SPA, dédié au bien-être, promet une détente absolue. Sauna, hammam, bassins, jacuzzi, espaces de relaxation et carte de soins com-

posent un univers entièrement dédié au ressourcement. Chaque espace a été conçu pour offrir une expérience sensorielle unique, où le temps semble suspendu, le corps et l'esprit retrouvant ainsi leur équilibre.

Que l'on choisisse d'y séjourner un week-end, de profiter d'une journée wellness ou de partager un déjeuner gastronomique, Anatura Hotel & SPA propose une nouvelle façon de vivre le Luxembourg. Entre

nature, confort et art de vivre, ce site magique offre un cadre propice à ralentir, à respirer et à savourer chaque instant. Une destination idéale pour s'évader du quotidien, se reconnecter avec soi-même et découvrir un lieu où l'hospitalité, le bien-être et la gastronomie conjuguent harmonieusement dans un cadre naturel d'exception.

Pus d'informations :
anatura.lu



Avec le soutien financier du

LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de la Culture

gemeng CLÄRREF CUBE 521

CLERVAUX CASTLE SUMMER MUSIC FESTIVAL 2026

24.07 **DOCK IN ABSOLUTE** JAZZ FUSION - Drinks served by Dart Club Triple Twenty

25.07 **ESANCY** ELECTRO POP - Drinks served by Chorale Héinescht-Fëschbich-Kaalber

31.07 **IRINA** FOLK - Drinks served by Stock-Car Team

01.08 **DANIEL MIGLIOSI QUARTET** JAZZ - Drinks served by Intresseveräin Ischpelt

07.08 **MAYA** NEO-SOUL FUNK - Drinks served by Imbasa

08.08 **LAURENT UNCHAINED** INDIE-POP - Drinks served by Fraen a Mammen Clärrref

LIVE MUSIC AT 21.00
FOODTRUCK, LOUNGE AND DRINKS FROM 20.00 - 23.00

**FREE ENTRY
OPEN AIR**

LEMON

Natur pur: Schlafen unter freiem Himmel



Der Jugendherbergsverband wagt einen Schritt ins Freie. Seit Mai ist der erste Campingplatz des Verbands, der „Camping Toodlermillen“, eröffnet. Seine Lage direkt an der Sauer, mitten in den luxemburgischen Ardennen gelegen, bietet Natur pur für die Campingfreunde.

120 Stellplätze stehen Zeltfans und „Vanlifern“ zur Verfügung und ermöglichen einen entspannten Urlaub in einer idyllischen Naturlandschaft – ideal, um dem Alltagsstress zu entfliehen. Wer in der Natur

aktiv sein möchte, kann ebenfalls viel erleben. Ob Wandern auf dem Éislek-Pfad, Mountainbiken über Stock und Stein oder kulturelle Besichtigungen der Burgen in Esch-Sauer und Bourscheid – hier wird jeder fündig.

Für die nötige Erfrischung sorgt die nahegelegene Jugendherberge Lultzhausen. Dort können Kajaks, Kanus oder Stand-up-Paddles ausgeliehen werden, um eine Runde auf dem Stausee zu schippern. Nicht nur erfahrene Wassersportler kommen auf ihre Kosten: Einmal

wöchentlich werden auch Kurse für Anfänger angeboten.

Und wer noch etwas Geduld mitbringt, darf sich schon jetzt auf das kommende Jahr freuen. Dann wird das Angebot in Lultzhausen um sieben Glamping-Unterkünfte für insgesamt 14 Personen erweitert. Ein besonderes Highlight für Wellnessliebhaber wird die geplante Saunakabine sein.

Die Glamping-Unterkünfte ergänzen das bestehende Angebot der

Jugendherberge in Lultzhausen sowie des nur wenige Kilometer entfernten Campingplatzes „Toodlermillen“.

Ob Familie, Pärchen oder Rucksackreisende – wer die unberührte Natur Luxemburgs erleben möchte, ist hier genau richtig. Einfach das Zelt oder den Van packen und losfahren!

Kontakt:
toodlermillen@youthhostels.lu
lultzhausen@youthhostels.lu
www.youthhostels.lu

ON THE MOVE!

16/07/26 - 12/09/26

FIR KANNER VUN:
Pour les enfants de :

0-12
Joer | ans

DEN INTERAKTIVE MUSÉE FIR KLENG ENTDECKER!

Le musée interactif pour petits curieux !

plomm
KANNERMUSÉE

www.plomm.lu

SPÉCIAL VACANCES dans notre RÉGION

fonction
publique

Esch-sur-Alzette : une ville aux mille facettes



Envie de vous évader sans partir trop loin ? Mettez le cap sur le Luxembourg et partez à la découverte d'Esch-sur-Alzette. Deuxième ville du pays et capitale des Terres Rouges, Esch-sur-Alzette surprend par son histoire, son énergie cosmopolite et son patrimoine industriel unique.

Ancienne Capitale européenne de la culture en 2022, la ville a su transformer son passé sidérurgique en un véritable atout culturel et touristique. Ici, les traces de l'industrie côtoient l'architecture urbaine, les lieux de mémoire, les espaces verts et une vie culturelle particulièrement dynamique.

Entre avril et octobre, l'Office de tourisme d'Esch-sur-Alzette propose, en alternance le mercredi et le samedi après-midi, des visites guidées permettant de mieux comprendre l'identité d'Esch-sur-Alzette et son évolution. Selon vos envies, plusieurs parcours commentés vous invitent à explorer la ville sous différents angles : ses sites emblématiques, ses lieux méconnus, son architecture, ou encore son histoire, depuis ses origines jusqu'à sa transformation en centre industriel, universitaire et culturel.

Les visites durent environ 1 h 30 et sont accessibles à un tarif abordable. Elles constituent une excellente occasion de découvrir Esch-sur-Alzette autrement, en compagnie

d'un guide qui fait revivre les rues, les bâtiments et les anecdotes qui forgent la personnalité de la ville.

Vous préférez avancer à votre rythme ? Des visites libres permettent également de partir à la rencontre d'Esch-sur-Alzette, de ses trésors cachés et de son atmosphère singulière. Une invitation à flâner, à observer les détails et à se laisser surprendre au détour d'une rue.

Découvrir Esch-sur-Alzette, c'est parcourir une ville qui a connu une métamorphose remarquable. En deux siècles, elle est passée d'un village de la vallée de l'Alzette à un centre majeur de l'industrie, puis à une ville tournée vers la culture, la connaissance, l'architecture et l'innovation.

Que vous choisissiez une visite guidée ou une balade en toute autonomie, Esch-sur-Alzette se révèle à chaque coin de rue. Ville en constante évolution, elle fait dialoguer son héritage industriel avec la culture, l'innovation et la créativité.

Il ne vous reste plus qu'à pousser la porte de l'Office de tourisme d'Esch-sur-Alzette, au 85 rue de l'Alzette, pour partir à la découverte d'une ville qui ne cesse de se réinventer.

Pour plus d'informations, consultez le site explore.esch.lu



SPÉCIAL **VACANCES** dans notre **RÉGION**

fonction
publique

„Guide for one day“ Luxemburg mit anderen Augen sehen!

Erleben Sie das Großherzogtum aus einer neuen Perspektive mit „Guide for one day“ – einer Initiative im Rahmen der Kampagne „Lëtzebuerg, dat ass Vakanz!“ des Ministeriums für Wirtschaft.

Bereits zum 10. Mal lädt diese Aktion Einwohner sowie Grenzgänger dazu ein, Luxemburg aus der persönlichen Sicht engagierter Freiwilliger kennenzulernen. Diese öffnen Ihnen die Türen zu ihren Lieblingsorten – authentisch, persönlich und abseits der bekannten Touristenpfade. Dabei handelt es sich um Orte voller Geschichten und Emotionen, die in keinem klassischen Reiseführer zu finden sind.

Das Konzept ist ebenso einfach wie wirkungsvoll: Menschen mit unterschiedlichsten Hintergründen teilen ihre Leidenschaft für das Land. Ob kulturell, historisch oder sportlich – das vielfältige Programm spricht alle Altersgruppen und Interessen an.

Geschichtsinteressierte begeben sich auf Zeitreisen durch Luxemburgs Vergangenheit, während Kunstliebhaber Galerien, Ateliers und

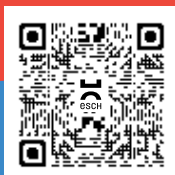
kreative Hotspots erkunden. Naturfreunde können das Land aktiv bei Radtouren oder Wanderungen entlang idyllischer Pfade erleben, denn Luxemburg ist ein wahres Paradies für Outdoor-Fans. Auch Familien finden passende Angebote: kinderfreundliche Aktivitäten, die Spaß bereiten und spielerisch Wissen vermitteln.

„Guide for one day“ steht für echte Begegnungen, neue Blickwinkel und persönliche Erlebnisse. Unabhängig davon, ob Sie schon lange hier leben oder das Land gerade erst kennenlernen – diese Initiative lädt Sie dazu ein, Luxemburg in seiner Vielfalt, Tiefe und Herzlichkeit (neu) zu entdecken.

Die Aktion läuft noch bis zum 27. September 2026 – seien Sie dabei!

Das Projekt gibt es seit 2017. Über 900 Touren wurden organisiert, mehr als 300 Guides haben mitgewirkt, und über 7.000 Teilnehmer haben Luxemburg neu erlebt.

Weitere Infos finden Sie auf der eigens für diese Ausgabe neu gestalteten Webseite guideforoneday.lu.



RENT a bike



ESCH

Découvrez Esch-sur-Alzette et le Minett autrement

Louez votre vélo électrique et explorez le patrimoine, la nature et les trésors locaux à votre rythme.

Réservation

Office de Tourisme de la Ville d'Esch

☎ 54 16 37

✉ rentabike@villeesch.lu

SPÉCIAL **VACANCES**
dans notre **RÉGION**

fonction
publique

**Gemeinde Betzdorf:
für den perfekten Familienausflug im Sommer**



Betzdorf ist ein ideales Ziel für Familienausflüge in der Natur. Ein gut erschlossenes Netz an Wander- und Radwegen lädt dazu ein, die Gemeinde zu entdecken.

Wer die Region auf zwei Rädern erkunden möchte, kann auf die regionale Fahrradverleihstation „Rent a Bike Miselerland“ am Bahnhof in Roodt/Syr zurückgreifen.

Ein besonderes Highlight ist die Miniatureisenbahn „Millebunn“ in

Olingen, die vom 15. Juli bis zum 15. September bei gutem Wetter täglich von 10:00 bis 18:00 Uhr direkt neben dem großen Wasserspielplatz ihre Runden dreht.

Gleich nebenan führt der interaktive Wanderweg „Wollefswee“ entlang der Legende des letzten Wolfes von Luxemburg. Mit Infotafeln, interaktiven Stationen und einem Hörspiel wird der Spaziergang für die ganze Familie spannend und abwechslungsreich.

Den Sommer rundet das **Betzfield Festival** am 1. und 2. August ab – mit Musik, guter Stimmung und Aktivitäten für alle Generationen.

GEMEINDE BETZDORF
11, rue du Château • L-6922 Berg
+352 28 13 73
www.betzdorf.lu



**D'MILLEBUNN
FIERT ALL
SAMSDEG VUN
13 – 17 AUER!
VUM 15.07. – 15.09.
FIERT D'MILLEBUNN
ALL DAG VUN
10 – 18 AUER!**



**01 & 02
AUGUST
2026**



Kleng Ausflich. Grouss Momenter. Dat ass Betzder.

Trëppel duerch d'Natur, genéiss wonnerschéi Vëlosweeër, fuer eng Ronn mat der Miniatur-Eisebunn Millebunn, looss dech vum Wollefswee verzaubern a feier um Betzfield Open Air Festival.
Betzder ass Summer fir d'ganz Famill. Méi Informatiounen op betzdorf.lu



luxembourg

ma ville · my city · meng stad

LUXEMBOURG CITY UNDERGROUND

OPEN
ALL
YEAR

DIVE INTO
THE DEPTHS
OF THE CITY

Get your tickets

luxembourg
city tourist office

DINNER HOPPING BY SIGHTSEEING.LU

PRIVATISEZ DÉGUSTEZ. DÉCOUVREZ. VIBREZ.

Toutes les occasions sont bonnes pour privatiser notre emblématique bus américain pour une expérience gastronomique unique à la découverte de Luxembourg. Une soirée dont vous vous souviendrez longtemps.

Montez à bord, nous nous occupons du reste.

Max
28 personnes

3 services
3 restaurants

Unique au
Luxembourg

Organisation
clé en main

Scannez
pour une offre personnalisée
ou via hello@sightseeing.lu

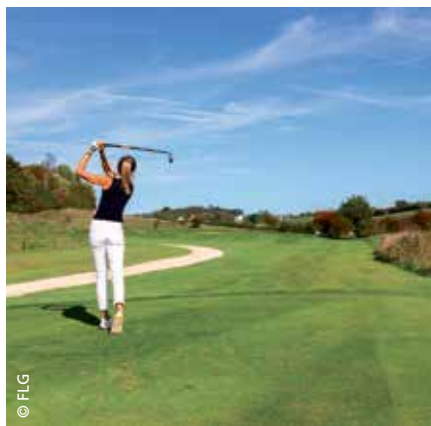
1h offerte
pour toute réservation
effectuée via ce QR code

DINNER **40pqing**
powered by  **sightseeing.lu**
Dinner Hopping

SPÉCIAL VACANCES dans notre RÉGION

Cet été, mettez-vous au golf !

Pourquoi ne pas vous offrir bien plus qu'une semaine de vacances ? Découvrez une activité que vous pourrez pratiquer toute l'année, à tout âge, à deux pas de chez vous. Accessible, convivial et bon pour la santé, le golf séduit de plus en plus de Luxembourgeois. Cet été, quatre clubs du pays proposent des programmes spécialement conçus pour les débutants.



Trois bonnes raisons pour franchir le pas

Profiter de la nature luxembourgeoise

Le golf est un sport qui permet de pratiquer une activité physique tout en étant immergé dans des espaces naturels préservés. Entre forêts, vallons et paysages verdoyants, les parcours luxembourgeois offrent un cadre exceptionnel pour s'évader du quotidien.

Faire du sport – mine de rien

Le golf est une activité physique complète. Disputer un parcours de 18 trous correspond à une marche de 8 à 10 kilomètres. Cette pratique sollicite l'endurance, la coordination et la concentration. Le golf constitue une excellente manière de rester actif tout en prenant du plaisir.

Partager une activité en famille ou entre amis

Le golf offre l'opportunité de partager une activité intergénérationnelle où enfants, parents et grands-parents peuvent jouer ensemble. Il



favorise les rencontres, les amitiés et le plaisir de vivre une expérience commune.

Quatre clubs participants, partout dans le pays

Quel que soit votre lieu d'habitation, il y a forcément un golf non loin de chez vous. Le Golf de Clervaux, le Golf de Luxembourg (Junglinster), le Kikuoka Country Club (Canach) et le Petite Suisse Country Club (Christnach) vous accueillent tout l'été avec des programmes adaptés pour débuter, progresser et prendre du plaisir sur le parcours.

Avec ses infrastructures de qualité, ses paysages remarquables et une communauté golfique accueillante, le Luxembourg offre l'environnement idéal pour s'initier au golf. Découvrez le sport qui changera votre vie !

Infos dans les clubs ou sur le site de la Fédération Luxembourgeoise de Golf : www.flgolf.lu.



Vélo 2026 summer

Entdeckt vill flott Vëlostier op
velosummer.lu

© Pincake Photography
Kampersandstudio

LE GOUVERNEMENT DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de l'Économie

LE GOUVERNEMENT DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de la Mobilité et des Travaux publics

VISIT LUXEMBOURG

CET ÉTÉ, VIVEZ L'EXPÉRIENCE BRASSERIE NATIONALE

Visite guidée Cours de débit

Dégustation

le savoir-faire brassicole depuis 1764

Réservation sur : brasserienationale.lu

-10% AVEC LE CODE :

SUMMER2026

visit
wiltz



Découvrez Wiltz !

La capitale des Ardennes
luxembourgeoise

Tourist Info Wiltz

Dans la cour du château de Wiltz
35, rue du Château, L-9516 Wiltz
Tél.: (+352) 95 99 39 250
E-mail: visit@wiltz.lu
www.visitwiltz.lu

Suivez-nous sur
les réseaux sociaux



CET ÉTÉ, COMMENCEZ le golf!





GOLF DE CLERVAUX

22 Mecherwee
L-9748 Eselborn
T. +352 92 93 95 70
info@golfdeclervaux.lu
www.golfclervaux.lu



GOLF DE LUXEMBOURG

Domaine de Belenhaff
L-6141 Junglinster
Tél. +352 78 00 68 1
info@golfdeluxembourg.lu
www.golfdeluxembourg.lu



KIKUOKA COUNTRY CLUB

Scheierhaff
L-5412 Canach
Tél. + 352 35 61 35
kikuoka@kikuoka.lu
www.kikuoka.lu



PETITE SUISSE COUNTRY CLUB

46, Am Lahr
L-7641 Christnach
Tél.+ 352 87 83 83
info@pscc.lu
www.petitesuissecountryclub.lu

**LE GOLF,
VOTRE DESTINATION
DE VACANCES,
TOUTE L'ANNÉE.**

Tout savoir
pour débiter
le golf cet été





**Gut wohnen heißt:
gut beraten sein.**

BHW – Ihr Partner für die eigenen vier Wände



Ihr direkter Link zur
Terminvereinbarung.
Wir freuen uns auf Sie:
info-lux@bhw.lu

Wohnen ist alles: Leben, Zukunft, Sicherheit. Machen Sie Ihren Traum vom Eigenheim wahr und arbeiten Sie mit einem Partner zusammen, der es versteht, Sie bedarfsgerecht zu unterstützen.

Die CGFP ist der Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst. Als Mitglied der CGFP profitieren Sie von Top-Konditionen, attraktiven Vorzugsdarlehen und von steuerlichen Vorteilen – abhängig von Ihrer individuellen Einkommenssituation für Ihren eigenen Wohnraum.

Am besten Sie sprechen noch heute unverbindlich mit einem BHW Berater über Ihre Möglichkeiten. Nutzen Sie einfach den Link oder rufen Sie die CGFP Hotline 473651 an.

BHW Bausparkasse
Niederlassung Luxemburg
16, rue Erasme
L-1468 Luxembourg Kirchberg
info-lux@bhw.lu
www.bhw.lu

BHW
Gemeinsam für Ihr Zuhause